Besprechungen

Hans-Hermann Hartwich: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 bis 1933. Berlin 1967. Walter de Gruyter & Co. XVI, 488 S.

Unter diesem Titel verbirgt sich eine akten- und urkundenmäßig belegte Darstellung der Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse. Dabei geht der Verfasser, sozusagen als Modell, vom Arbeitsmarkt der Berliner Metallindustrie aus. Das wissenschaftlich wertvolle Buch empfiehlt sich durch seine plastische und präzise Darstellung und durch seine abgewogene Stellungnahme zu den dargestellten Verhältnissen und Ereignissen.

Der Stoff ist in sechs Teile gegliedert, von denen der erste die Grundzüge der Arbeitsmarktverfassung der Weimarer Republik behandelt. Hier haben die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ihre verfassungsmäßige Anerkennung gefunden, die ihnen im Kaiserreich gefehlt hatte. Diese Anerkennung hatten die Gewerkschaften als Folge der Staatsumwälzung erreicht. Damit war die Emanzipation der Arbeiterklasse einen gewichtigen Schritt weiter vorwärts gekommen. Die Folge mußte sein, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, also die Organisation des Arbeitsmarktes, zu einem autonomen Bereich der Sozialpartner werden konnte. Das hieß aber nicht, daß es der staatlichen Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung verwehrt werden sollte, in die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse einzugreifen, wenn es im Interesse des Gemeinwohls erforderlich wurde. Hier war der Ort, wo ein Arbeitsrecht und eine Arbeitsgerichtsbarkeit entstehen konnten und mußten. Die Grundfrage der Studie Hartwichs und der Ausgangspunkt seiner kritischen Wertung ist nun, inwieweit die Verbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesem Anspruch auf Autonomie gerecht wurden.

Wie um diesen Anspruch gerungen wurde, zeigt der zweite Teil am Modell des Arbeitsmarktes der Berliner Metallindustrie. Das Ergebnis ist, daß hier eine Unternehmern und Arbeitnehmern gemeinsame Basis für eine Tarifautonomie nicht vorhanden war.

Im dritten Teil wendet sich der Verfasser der „öffentlichen Bindung" des deutschen Arbeitsmarktes durch die staatliche Schlichtungspolitik zu. Die häufige Anwendung der staatlichen Schlichtung im Stein- und Braunkohlenbau sowie in der nordwestdeutschen Eisenindustrie zeigte, daß auch dort von einer Autonomie der Sozialpartner keine Rede sein konnte.

Das Eingreifen der staatlichen Schlichtung läßt die Frage entstehen, inwieweit die Schlichter als Organe des Reichsarbeitsministeriums dazu

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beitrugen, die sozialstaatlichen Zielsetzungen dieses Ministeriums zu verwirklichen. Davon handelt der vierte Teil des Hartwichschen Buches. An der Spitze dieser Behörde stand in den entscheidenden Jahren Heinrich *Brauns*. Sein Leitgedanke war die Anerkennung der Persönlichkeit des Arbeitnehmers. Damit stand die Anwendung der staatlichen Zwangsschlichtung in der Weimarer Republik im Dienst einer sozialen Idee und gestaltete auf diese Weise den Weimarer Staat zu einer sozialen demokratischen Republik. Das Verhältnis zwischen Staat und Sozialpartnern wurde also von der Staatsauffassung und dem Staatscharakter her bestimmt.

Mit dieser Erkenntnis wird die Frage nach den Chancen einer sozialen Autonomie der Sozialpartner aufgeworfen, die im fünften Teil behandelt wird. Die Arbeitgeberschaft kämpft gegen den „sozialen Obrigkeitsstaat" und lehnt die Zwangsschlichtung ab. Sie beharrt auf den Belangen einer „freien Wirtschaft", vor allem in der westdeutschen schweren Industrie. Dem Charakter der sozialen Demokratie steht sie mehr oder weniger verständnislos gegenüber. Die Gewerkschaften, ideologisch und politisch aufgespalten, kämpften für die weitere Emanzipation der Arbeiterklasse und waren mit unterschiedlichem „Intensitätsgrad" für die Zwangsschlichtung. Eine fortschreitende Demokratisierung der Wirtschaft ist für die freien Gewerkschaften gleichbedeutend mit einem täglich fortschreitenden Entwicklungsprozeß zum Sozialismus. Das Schlichtungswesen bewegt sich also mitten in der Vielzahl der sozialen und politischen Probleme, an deren Spitze die Einordnung der Arbeitnehmer in Gesellschaft und Staat steht.

So kommt es, daß der Verfasser mit Recht die Illusion eines Staates „über den Parteien" im sechsten Teil ablehnt. Die soziale Aufgabe der Weimarer Republik war es, nach den Versäumnissen des Kaiserreiches auf diesem Gebiet die gesellschaftliche und politische Emanzipation der Arbeitnehmerschaft mit Hilfe der staatlichen Zwangsschlichtung und des kollektiven Arbeitsrechtes durchzuführen. Diese Funktion der Zwangsschlichtung war auf andere Demokratien mit gesicherter kollektiver Gestaltung der Arbeitsverhältnisse nicht übertragbar. Infolge des Beharrens in Gedankengängen, die der Zeit nicht mehr angemessen waren, konnten die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dem Anspruch auf Autonomie in der Gestaltung der Arbeitsmarktverhältnisse nicht gerecht werden.

Soweit Hartwich, dessen Buch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Geschichte Deutschlands darstellt. Es ist insoweit aktuell, als die Tarifautonomie wieder problematisch geworden ist, je mehr die wirtschaftliche Entwicklung durch staatliche Planung beeinflußt wird.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Lothar Schneider: Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Heim- und Fabrikarbeiters. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 166 S.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hier wird eine Geschichte des Haushalts der Heimarbeiter von 1700 bis 1880 sowie der Fabrikarbeiter von 1840 bis 1913 und über die bereits vorliegende einschlägige — zumeist lokale — Literatur hinaus von der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung her der ökonomische Wandel der Haushaltstruktur und des Haushaltverhaltens der beiden genannten Bevölkerungsgruppen im gesamten deutschen Wirtschaftsraum aufgezeigt. Dabei müssen generelle Urteile gefällt und Verallgemeinerungen trotz regionaler Unterschiede auch auf die Gefahr hin gewagt werden, daß sie wenig befriedigen, z. B. bei der Darlegung der Ursachen der Entwicklung des Verlagssystems und der Fabrikindustrie. Sie hängen auch zusammen mit den oben genannten Daten bzw. gewählten Perioden und mit den allerdings nur behutsam verwendeten Typen der Haushaltungen.

Für beide Arbeiterschichten behandelt Schneider in zwei getrennten Kapiteln die „historisch-soziologische Struktur" der Haushaltungen, die „Einkommensentwicklung und Lebenshaltungskosten", die „Möglichkeiten und (den) Grad der Eigenproduktion" sowie die „Einkommensverwendung und (den) Konsumstil". Die Schlußbemerkungen fassen die Untersuchungsergebnisse zusammen, also den Übergang vom ländlichen, traditionsgebundenen, weithin noch naturalwirtschaftlich orientierten Haushalt „zum dynamischen, voll entwickelten Haushalt" in der Stadt. Verdeutlicht wird diese Entwicklung durch viele statistische Belege u. a. über Löhne, Arbeitszeit, Preise für Nahrungsmittel und Mieten. Selbstverständlich können die Zahlen z. B. der Tabelle 3 (S. 42), die den existenznotwendigen Jahresbedarf (in Mark umgerechnet) von vier- bis fünfköpfigen Familien in verschiedenen Gebieten bzw. Ortschaften anführt, nur schwer miteinander verglichen werden, und das gilt selbst innerhalb einer einzigen Stadt wie Berlin, wo der Bedarf für 1750 mit 273 M, für 1763 mit 676 M und für 1765 mit 375 M angegeben ist. Hier sind zu berücksichtigen der Reichsmünzfuß von 1738, die preußische Münzreform von 1750, die Abwertung während des Siebenjährigen Krieges (die „Ephraimiten") und das Edikt vom 29. März 1764, das den Graumannschen Münzfuß wiederherstellen wollte.

Es wäre noch auf einiges hinzuweisen, so etwa auf die Bemerkungen über den hohen Kaffeeverbrauch (S. 57). Der von Schneider zitierte *Formey* spricht doch auch vom „erbärmlichen, mit Sirup versüßten Kaffee", und außerdem schrieb er 1776; die Akziseregie erhielt das Kaffee-Brennmonopol erst 1781. Oder zu S. 71: Eine Wohnung von 60 m² mit zwei Zimmern (nur eins ist heizbar), zwei Kammern und einer Küche für eine vierköpfige Familie kann man kaum als „beinahe modernen Ansprüchen" entsprechend bezeichnen, zumal sie noch als Werkstatt für den Heimarbeiter, einen Uhrschildmacher, genutzt werden mußte (1878).

Insgesamt ist festzustellen: Dem Verfasser wäre über diese seine wertvolle Arbeit hinaus auch dafür zu danken, wenn er ähnliche zu-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sammenfassende Untersuchungen über die Manufakturarbeiter, die hier ausgelassen wurden, durchführen könnte.

Eberhard Schmieder, Berlin

Hartmut Kaelble: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895—1914. Berlin 1967. Walter de Gruyter & Co. 268 S.

Der 1876 gegründete Centralverband Deutscher Industrieller (CVDI) entwickelte sich vor dem Ersten Weltkriege zu einem der beiden Spitzenverbände der Industrie, und während des Krieges ist er dann mit dem anderen Verband, dem vor allem außerhalb Preußens wirkenden Bund Deutscher Industrieller, zusammengeschlossen worden. Dieser Weg konnte gegangen werden, da der CVDI, der sich zunächst nur mit Zollfragen beschäftigte, in verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Fragenbereichen tätig wurde und weil es ihm gelang, von seinen Unterverbänden allmählich mehr oder weniger unabhängig zu werden. Eine volle Kontrolle über diese zu erlangen, ist allerdings vergebens versucht worden. Besonders wichtig war auch, daß die persönlichen Mitglieder, die Honoratioren, auf Grund der wachsenden Differenzierung der Industriegesellschaft ihren Einfluß an Vertreter der Interessen einzelner Branchen und an die Verbandsleitung verloren. Innerhalb des CVDI bildeten sich mehrere Interessengruppen. Kaelble unterscheidet: 1. konservative Agrarier, zu denen u. a. Zuckerfabrikanten und Produzenten landwirtschaftlicher Maschinen gehörten und die zu dem 1893 gegründeten Bund der Landwirte Beziehungen knüpften, 2. Syndikatsdirektoren, die ihren „Herrenstandpunkt" bewahren wollten und an der traditionellen Gesellschaftspolitik festhielten, 3. Industrielle mittlerer Betriebe (besonders der Textil-, Maschinen- und metallverarbeitenden Branche), die dem 1909 entstandenen Hansabund für Handel, Gewerbe und Industrie nahestanden und die als die drei Stützen der Gesellschaft durchaus nicht mehr die Bürokratie, das Militär und das Junkertum anerkannten.

Im wichtigsten dritten Teil des Buches wird die Stellung des CVDI in der damaligen Gesellschaft untersucht. Bezeichnend ist, daß die zunehmende Industrialisierung den Zusammenhang zwischen der Großindustrie und den Großagrariern lockerte und daß dieser erst während des Krieges wieder hergestellt wurde. Mit imperialistisch orientierten Vereinigungen — u. a. mit der Deutschen Kolonialgesellschaft und dem Deutschen Flottenverein, dem größten Verein — konnte der wirtschaftlich interessierte CVDI nicht zusammenarbeiten, auch wenn er an deren Gründung beteiligt gewesen war: Der CVDI ist nicht eine „imperialistische Kommandozentrale" (S. 162) gewesen. Um so engere Beziehungen ergaben sich zu wirtschaftlich und wirtschaftswissenschaftlich tätigen Gruppen des Bürgertums bzw. Bildungsbürgertums, d. h. u. a. zum Hansabund, zur Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen, zum Deutschen Handelstag und schließlich zur Nationalliberalen Partei, die auch finanziell unterstützt wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kaelble hat seiner aufschlußreichen Arbeit zur Verbandsgeschichte, die bisher für die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkriege so gut wie überhaupt nicht bearbeitet worden ist, einen Anhang mit u. a. einer Übersicht über die Vorsitzenden sowie die Mitglieder des Direktoriums des CVDI, über die parlamentarischen Verbindungen des CVDI und einen Bericht über die Arbeit der Wahlfondskommission von 1912 angefügt. Ein ausführliches Register der im Text erwähnten Personen mit den wichtigsten Daten erleichtert die Benutzung des Buches. Orthographisch richtig hätten verschiedene Namen geschrieben werden sollen, so z. B. Duncker, Koselleck, Kuczynski sowie Verein für Sozialpolitik, und zu weit geht doch die Formulierung, daß „die wirtschaftliche Degression ab 1873 ... dem Unternehmerindividualismus ein Ende setzte und den Interessenverbänden den Boden bereitete" (S. 2).

Eberhard Schmieder, Berlin

Hedwig Pavelka: Englisch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Graz-Wien-Köln 1968. Hermann Böhlaus Nachf. 192 S.

Bisher wurde folgendes angenommen: Nach dem Tode Josephs II. sind einige der bereits durchgeführten wirtschaftlichen Reformen rückgängig gemacht und neue bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht versucht worden. Außerdem: Während dieser Periode war die Monarchie gerade von den westeuropäischen Ländern, in denen die Industrialisierung bedeutende Fortschritte machte, doch ziemlich isoliert. Nun läßt der Titel des Buches neue Aufschlüsse bzw. sogar Korrekturen am bisherigen Geschichtsbild erwarten, etwa in Hinsicht finanzieller Hilfen, sozialer Beziehungen oder technischer Einflüsse von dem besonders weit vorangekommenen England u. a. auf die Textil- oder Maschinenindustrie oder auf den Schiffsbau Österreichs. Zu dieser Annahme berechtigt das Vorwort; es stellt fest, daß „in der vorliegenden Studie dargestellt werden soll: die Gesamterscheinung der wirtschaftspolitischen und materiellen Beziehungen zwischen Österreich und England und ihre Einordnung in die historischen Zusammenhänge der Zeit". Die „Einführung" behauptet sogar, daß beide Länder „miteinander engste und vielfältigste Kontakte in fast allen politischen Problemen jener Zeit" besaßen und daß „doch vielleicht ebenso mannigfaltig und vielschichtig ... ihre Beziehungen auf dem Gebiete der Wirtschaft, im Handel und Verkehr, im Finanzwesen und im Aufbau der österreichischen Industrie" gewesen seien. Allerdings soll dieser Zusammenhang „aber bis heute in der historischen Literatur kaum wahrgenommen" worden sein, und gerade das trifft auch auf das vorliegende Buch zu; denn die Verf. bleibt den Beweis für ihre pointierten Behauptungen schuldig, so daß an den bisher gewonnenen Feststellungen sich zunächst kaum etwas ändert.

Es werden gar nicht die Wirtschaftsbeziehungen, die — wie die Verf. meint — „kein erstrangiges Problem" (S. 169) seien, untersucht, son-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dern nur der Handel und Verkehr zwischen beiden Ländern, also u. a. die Schiffahrtsverträge (1829 und 1838), die Zollgesetze, der Schiffs- und Güterverkehr vor allem in Triest, Venedig, Fiume und Ragusa (nicht in englischen Häfen). Hierbei stützt sich die Arbeit auf vorliegende deutsch-österreichische und englische Literatur, vor allem aber auf Akten verschiedener Archive; und dieses interessante Material ist statistisch ausgewertet worden, so daß in Diagrammen gezeigt werden kann z. B. der britische Schiffs- und Güterverkehr in den damaligen österreichischen Häfen, der jährliche Durchschnittswert der Ladung, die „Struktur des Imports britischer Produkte nach Österreich 1831 bis 1850" oder ein „Vergleich zwischen österreichischem und britischem Güter- und Schiffsverkehr 1838—1848". Insgesamt erweisen sich die Handelsbeziehungen als recht gering.

Bedauerlich für die Arbeit ist, daß manche stilistische Unebenheiten nicht ausgebessert wurden (z. B. S. 125: „Dieser Handelszweig ... wurde zu einem der Hauptexportartikel Österreichs"), daß unter die wenigen Angaben der Karte über das „britische System der ‚natural outlets' 1838—1849" (für die der Putzgersche Atlas als Quelle angegeben wird) sich zwei Fehler eingeschlichen haben („Königsberg" und Hamburg links der Elbe) und vor allem: Der Titel des Buches erweckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden.

Eberhard Schmieder, Berlin

Eike Eberhard Unger: Die Fugger in Hall i. T. Tübingen 1967. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 312 S.

Die Bedeutung des montanwirtschaftlichen Sektors für den Aufstieg der großen oberdeutschen Handels- und Bankhäuser im 15./16. Jahrhundert bildet die Grundlage für die vorliegende Arbeit. Im Mittelpunkt steht die wahrscheinlich um 1510/11 gegründete Fugger-Faktorei in Hall (Tirol), die mindestens ein Jahrzehnt lang (1527 bis 1538) neben den Niederlassungen in Innsbruck und Schwaz die faktische Leitstelle für viele Engagements der Augsburger Firma im Tiroler Bergbau und darüber hinaus darstellte. Die Erörterung der allgemeinen Bedeutung Halls und des Tiroler Bergbaus für die Fugger-Firma macht über die Hälfte des Textteiles der vorliegenden Arbeit aus (S. 1—132). Abgesehen von dem gut gelungenen Abschnitt über „Halls kommerzielle Bedeutung" (S. 12—27) bietet dieser Teil jedoch wenig Neues und gelangt in der Darstellung allgemeiner Zusammenhänge nicht über die grundlegenden Forschungen von G. *Frhr. v. Pölnitz* hinaus. Es wäre deshalb vielleicht besser gewesen, diesen ersten Teil stärker zu straffen.

Wertvolle neue Erkenntnisse bietet dagegen der zweite Teil (S. 132 bis 237), der sich mit der inneren Organisation und Verwaltung der Haller Faktorei befaßt. Besonders lesenswert sind diejenigen Abschnitte, in denen der geglückte Versuch gemacht wird, den konkreten Ablauf und die Organisation der Verwaltung und des kaufmänni-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Rechnungswesens der Niederlassung zu rekonstruieren und in einer übersichtlichen Skizze zu verdeutlichen (S. 147).

Die beiden letzten Abschnitte über „Die Handelsdiener der Faktorei" und „Die Stellung Halls im Faktoreisystem" sind dagegen weniger gut gelungen. Das deutet auf eine grundsätzliche Problematik der Arbeit hin: Sie besitzt eine breite Quellenbasis und ist lebendig und anschaulich geschrieben. Ihr fehlt aber der gerade im Rahmen der Fuggergeschichte wichtige Versuch, spezielle Forschungsergebnisse auf ihre allgemeine Aussagekraft zu überprüfen. Anregungen dazu hätten vielleicht die Arbeiten von R. *Ortner* (Der Handlungsgehilfe, im besonderen der Faktor des süddeutschen Kaufmanns im 15. und 16. Jahrhundert. München 1932) und R. *Bürger* (Die Organisation der Fuggerschen Faktoreien unter Jakob Fugger dem Reichen. Diss. München 1955, Ms.) geben können.

Der vorliegenden Veröffentlichung fehlt bezeichnenderweise nicht nur eine Zusammenfassung, sondern beispielsweise auch die Erörterung der Frage, wie weit die hier aufgezeigten Organisationsprobleme und -formen als grundsätzlich typisch für die bedeutenden oberdeutschen Handelshäuser des 16. Jahrhunderts angesehen werden können. Dazu hätte es allerdings einer breiteren Literaturbasis bedurft. Daher dringt diese an sich fleißige und gewissenhafte Arbeit, deren Faktenreichtum durch ein Register gut erschlossen ist, leider nur stellenweise von speziellen Ergebnissen zu grundsätzlichen Erkenntnissen vor.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

G. Hadley: Introduction to Probability and Statistical Decision Theory. San Francisco 1967. Holden-Day. 980 S.

Mit dem vorliegenden Lehrbuch, das die Theorie der Entscheidungen unter Unsicherheit behandelt, erfaßt Hadley einen weiteren Bereich der Entscheidungstheorie, nachdem seine früheren Lehrbücher vorwiegend deterministischen Modellen gewidmet waren. Da es in der erklärten Absicht des Autors lag, ein Lehrbuch für Anfänger zu schreiben, war es fast unumgänglich, damit ein einführendes Lehrbuch in die Wahrscheinlichkeitstheorie zu verbinden. Hadley hat die rein wahrscheinlichkeitstheoretischen Teile in eigenen Kapiteln zusammengefaßt, um zu erreichen, daß der vorliegende Band wahlweise als Lehrbuch der Wahrscheinlichkeitstheorie oder der Entscheidungstheorie unter Unsicherheit oder aber für beides verwendet werden kann. Darüber hinaus hat sich Hadley bemüht, das Buch durch entsprechende Anordnung und Gestaltung auch für denjenigen lesbar zu machen, der keine Kenntnisse in der Analysis besitzt. Da allerdings die Kapitel, die die Kenntnis der Infinitesimalrechnung voraussetzen, dem üblichen Standard einführender Lehrbücher sehr wohl entsprechen, sind die verschiedenen Teile des Buches recht unterschiedlich in ihrem mathematischen Schwierigkeitsgrad.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im wahrscheinlichkeitstheoretischen Teil lassen sich vier Abschnitte unterscheiden. Der erste (Kapitel 1, 5 und 6) umfaßt diskrete Zufallsvariable und deren Eigenschaften, der zweite bringt das gleiche für stetige Variable (Kapitel 7), im dritten (Kapitel 9) werden die klassischen Schätz- und Testverfahren in gedrängter Form dargestellt, und der vierte Abschnitt (Kapitel 10) schließlich enthält eine Kurzfassung des Poissonschen Prozesses.

Im einzelnen bringt das erste Kapitel eine recht gute Auseinandersetzung mit den verschiedenen Wahrscheinlichkeitsbegriffen, wobei Hadley im Hinblick auf die zu behandelnde Entscheidungstheorie und den dafür erforderlichen Begriff subjektiver Wahrscheinlichkeiten eine pragmatische Haltung einnimmt. Der überwiegende Teil dieses Kapitels ist aber einer breiten und sehr elementaren Darstellung einiger zentraler Begriffe (Verteilung, Zufallsvariable, Erwartungswert) gewidmet, wobei sich Hadley auf endliche Wahrscheinlichkeitsräume beschränkt. Die Behandlung diskreter Zufallsvariabler wird im fünften Kapitel mit der Einführung von Produkträumen und des Begriffs der Unabhängigkeit fortgeführt. Im 6. Kapitel folgt dann mit der Darstellung bedingter Wahrscheinlichkeiten und des Bayesschen Gesetzes ein Kernstück des Lehrbuchs. Daran schließt sich die Einführung mehrdimensionaler Verteilungen und von Linearformen gemeinsam verteilter Zufallsvariabler an.

Stetige Zufallsvariable werden in Kapitel 7 über die normale Approximation der Binomialverteilung auf eine etwas umständliche und langatmige Weise eingeführt. An diese schließt sich dann freilich eine „stromlinienförmigere", mit Infinitesimalrechnung arbeitende Darstellung der bereits behandelten Gesetze nunmehr aber für stetige Variable an. Gleichzeitig damit steigen die Anforderungen an mathematische Vorkenntnisse nicht unbeträchtlich. Das Kapitel schließt mit Hinweisen auf den zentralen Grenzwertsatz sowie Zufallszahlen und deren Benutzung in der Simulation. Die Darstellung der klassischen statistischen Methoden in Kapitel 9 unterscheidet sich prinzipiell nicht von den üblichen Lehrbuchdarstellungen. Freilich beschränkt sich Hadley wegen der Knappheit des zur Verfügung stehenden Raumes auf eine Darstellung der Grundideen und vergleicht diese mit dem „Bayesian approach". In gleicher Weise gerafft und auf die Grundidee reduziert ist auch die Behandlung des Poissonschen Prozesses in Kapitel 10.

Der entscheidungstheoretische Teil beginnt im 2. Kapitel mit einer Darstellung der Nutzentheorie. Als solche wird zunächst für deterministische Situationen im wesentlichen die Rentabilitätsberechnung für Investitionsprojekte vorgeführt. Es folgt eine anschauliche Einführung in den Neumann-Morgensternschen Ansatz, der in einem weiteren Abschnitt aber auch axiomatisch abgehandelt wird, wobei Hadley geschickt Strenge der Gedankenführung mit anschaulicher Interpretation verbindet. In dem Zusammenhang werden auch die Bedingungen herausgearbeitet, unter denen die „expected utility" durch den Er-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wartungswert irgendwelcher Geldgrößen ersetzt werden kann, mit denen Hadley in den folgenden Kapiteln dann fast ausschließlich arbeitet. Das dritte Kapitel bringt Definitionen und kurze Diskussionen wichtiger entscheidungstheoretischer Begriffe. Im vierten endlich wird die Theorie einstufiger Entscheidungsprobleme in sehr allgemeiner Form vorgetragen und an verschiedenen, in allen Einzelheiten abgehandelten Beispielen (z. B. Lagerhaltung) erläutert. Ferner diskutiert Hadley verschiedene Entscheidungskriterien. Neben einfachen werden auch gemischte Strategien behandelt. In Kapitel 9 wird die Analyse der einstufigen Entscheidungsprobleme wieder aufgenommen, wobei die Verwendung von a-priori-Informationen mittels der Bayes-Formel im Zentrum steht. An die relativ kurze allgemeine Darstellung schließt sich die Behandlung von Beispielen aus dem industriellen Bereich an. Daneben werden noch einige speziellere Modelle abgehandelt. Das abschließende elfte Kapitel schließlich bringt eine Darstellung eines allgemeinen retrograden Lösungsverfahrens für sequentielle Entscheidungsprobleme.

Sehr viel stärker als in früheren Publikationen verwendet Hadley die in sehr großer Zahl vorgeführten Beispiele nicht nur zur Veranschaulichung, sondern auch geradezu zur Darstellung von Gedankengängen und Ableitungen, die im wesentlichen theoretischer Natur sind. Dies tritt schon bei den wahrscheinlichkeitstheoretischen Kapiteln (vielleicht mit Ausnahme des Bereichs, in dem Analysis angewendet wird) in Erscheinung, insbesondere aber im entscheidungstheoretischen Teil. Darüber hinaus bemüht sich Hadley, möglichst praxisnahe, aus den Unternehmungen genommene Probleme in den Beispielen zu behandeln. Somit ergibt sich insgesamt eine stark kasuistische, konkrete, breit angelegte Darstellung, die möglicherweise vielen, insbesondere anwendungsorientierten Lesern das Eindringen erheblich erleichtert.

Trotz dieser Struktur ist es Hadley gelungen, begriffliche Strenge zu wahren und möglichst nahe an der mathematischen Terminologie zu bleiben, so daß die Lektüre streckenweise durchaus anspruchsvoll ist. Trotz genereller geschickter didaktischer Vereinfachung der Probleme und vereinzelter, insbesondere im Anfang des wahrscheinlichkeitstheoretischen Teils sehr elementarer Darstellung ist daher das Buch für den angesprochenen Anfänger sicherlich keine einfache Lektüre. Dennoch ist es zum Selbststudium sicherlich recht geeignet (viele vernünftige Aufgaben, leider ohne jede Angabe über Lösungen); für eine Benutzung als Lehrbuch an westdeutschen Universitäten ist es eher zu breit und zu ineffizient in der Ausnutzung mathematischer Vorkenntnisse einheimischer Abiturienten.

Frank Münnich, Dortmund

Josef Molsberger: Zwang zur Größe? Zur These von der Zwangsläufigkeit der wirtschaftlichen Konzentration. Köln und Opladen 1967. Westdeutscher Verlag. 187 S.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Diskussion über die Frage, ob die Konzentration eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist oder nicht, immer noch heftig im Gange ist, muß eine Veröffentlichung zu diesem Problemkreis besonderes Interesse erwecken. Molsberger unterzieht sich der schwierigen Aufgabe, zur Klärung des Sachverhaltes unter ökonomischen Aspekten beizutragen, indem er, wie es scheint, nahezu alle früher und heute benutzten Argumente, die die These von der Zwangsläufigkeit der Konzentration stützen sollen, kritisch untersucht.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Darstellung der Konzentrationsthesen bei *Marx, Schumpeter* und *Salin*. Mit unterschiedlicher Begründung kommen alle drei Autoren zu dem Ergebnis der historisch vorherbestimmten Entwicklung des Kapitalismus (bzw. Industrialismus) zu immer größerer Konzentration. Ohne auf Einzelheiten der Thesen einzugehen, beschränkt sich Molsberger bei seiner Kritik auf die Kernpunkte der Dialektik und des historischen Determinismus und kommt zu dem Ergebnis, daß „die Vorstellung eines allgemeinen Entwicklungsgesetzes", nach dem eine immer stärkere Konzentration unausweichlich ist, „nur als Mythos qualifiziert werden (kann)" (S. 34).

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich ausführlich mit der Frage, ob die Ausnutzung des technischen Fortschritts zwangsläufig zur Konzentration führen muß. Gestützt auf umfangreiche Literaturangaben untersucht Verf. zunächst die Konzentrationsimpulse, die sich aus Größenersparnissen im Produktionsbereich ergeben können. Es wird deutlich, daß eine allgemeingültige Aussage nicht möglich ist; es hängt vielmehr von den verschiedenen Branchen ab, ob sich tatsächlich Größenersparnisse ergeben, die dann eine zwangsläufige Entwicklung zur Konzentration nach sich ziehen. Anzumerken ist vielleicht folgendes: Bei der Größendegression sollte auch daran gedacht werden, daß größere Anlagen auch größere Areale und Gebäude benötigen, also auch Kostensteigerungen verursachen. Auch wären Überlegungen anzustellen, ob nicht die Einbeziehung der social costs in die Kostenrechnung der Unternehmungen ebenfalls einen negativen Einfluß auf die Konzentrationstendenzen ausübt.

Die schon nicht einfachen Überlegungen hinsichtlich des technischen Betriebsoptimums werden nun noch durch die übrigen Kostenfaktoren der Unternehmung modifiziert, deren Einfluß auf die Konzentration sich ebenfalls nicht generalisieren läßt. Die nur hypothetisch mögliche Kombination der reinen Produktionskosten mit den übrigen Kosten ergibt dann das wirtschaftliche Optimum. „Es spricht vieles dafür, daß gerade dann, wenn im Fertigungsbereich besonders starke Größendegressionen zu erwarten sind, die sonstigen Kosten diese Tendenzen zur Betriebskonzentration am nachhaltigsten dämpfen" (S. 103). Hinzuweisen wäre bei den Arbeitskosten (S. 90 ff.) vielleicht noch auf die evtl. mit steigender Beschäftigtenzahl ansteigenden Sozialaufwendungen (z. B. Kantine, Werkarzt, soziale Einrichtungen). Nicht einsichtig ist es, warum durch Zölle die Kosten schlagartig steigen sollen (S. 96), da doch der Zoll vom Ausland getragen wird, es sei denn, es handelt sich um Ausfuhrzölle.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im dritten Teil der Arbeit wird der Zusammenhang zwischen Marktgröße und Konzentration untersucht. Zunächst wird dargelegt, daß auch von der Nachfragestruktur keine eindeutigen Konzentrationsimpulse ausgehen. Denn die Nachfrage nach einem Gut ist stark differenziert und der Markt begrenzt. Die Marktbegrenzung und die daraus resultierenden Probleme werden durch „die parallele Produktion anderer Güter für andere Märkte" (S. 118) vermieden. Die hieraus entstehenden Vorteile (Verteilung des Risikos, Diversifizierung, Mischkalkulation) stellen die gewichtigsten Konzentrationsargumente dar. Die Großunternehmung mit einem breiten Produktionsprogramm ist selbst dann den spezialisierten kleineren Konkurrenten oft überlegen, wenn letztere keine höheren Produktionskosten haben (vgl. S. 142). Als Gegentendenz wird vom Verf. mangelnde Anpassungsfähigkeit des Apparats der Großunternehmung aufgezeigt. Abschließend wird die Konzentrationsproblematik auf die EWG bezogen. An Hand statistischen Materials wird nachgewiesen, daß die BRD gegenüber Frankreich sehr viel stärker konzentriert ist und demzufolge keine Notwendigkeit besteht, eine zusätzliche Konzentration anzustreben. Auch hier warnt Verf. vor Verallgemeinerungen. „Die Wirkung des Gemeinsamen Marktes ist in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich ..." (S. 169).

Molsberger hat mit seiner Arbeit deutlich gemacht, daß die einfache These vom technischen oder wirtschaftlichen Zwang zur Konzentration in dieser allgemeinen Form nicht aufrecht erhalten werden kann. Der Zusammenhang ist vielmehr äußerst kompliziert, eine Vielzahl von Faktoren muß gewichtet werden. Molsbergers Verdienst liegt darin, pro und contra sorgfältig abgewogen zu haben und, wenn auch sicher nicht alle Ergebnisse unwidersprochen bleiben werden, einen wichtigen Beitrag zur Konzentrationsdiskussion geleistet zu haben. Hervorzuheben ist noch der große Literaturreichtum und die klare, gut aufgebaute Darstellung und Behandlung der verwickelten Materie.

Dieter Stilz, Berlin

Hans Otto Lenel: Ursachen der Konzentration unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse. 2., neubearb. Aufl. Tübingen. 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XIV, 452 S.

Die spektakulären Konzentrationsvorgänge der letzten Zeit auf dem Auto- und Stahlmarkt, die einen namhaften Nationalökonomen zu Bemerkungen über eine besorgniserregende Konzentrationswelle veranlaßten, und die sich daran anschließende Diskussion haben den Blick wieder einmal auf das Konzentrationsproblem gelenkt. Als Grundlage einer solchen Diskussion ist wohl kaum eine Veröffentlichung besser geeignet als die Lenels, die in ihrer zweiten Auflage erschienen ist.

Das Werk ist nunmehr in drei Teile gegliedert. Im ersten beschäftigt sich Lenel u. a. mit dem Konzentrationsbegriff und arbeitet eine Abgrenzung dieses Phänomens heraus, die von der ersten Auflage ab-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weicht. Anstatt auf die Anzahl der Pläne abzustellen, in welchen über den Wirtschaftsprozeß entschieden wird, wird nur noch das Wachstum der Verfügungsmacht einzelner Unternehmungen über Produktionsmittel betrachtet. Dabei sind nur bestimmte Wachstumsvorgänge konzentrationssteigernd (S. 4); gegenüber der ersten Auflage ist die Konzentration präzisiert und deutlich vom Wachstum geschieden.

Im zweiten, dem bei weitem umfangreichsten Teil, werden die Ursachen der Konzentration ausführlich behandelt, und zwar im Gegensatz zur ersten Auflage getrennt von den Wegen der Konzentration. So gelang es Lenel, herauszuarbeiten, daß Ursachen und Wege zusammen erst zur Konzentration führen. Die Wege können die Konzentrationsvorgänge erleichtern oder erschweren, als Ursache der Konzentration sind sie nicht anzusehen, wenn auch die Übergänge zwischen Ursachen und Wegen oft fließend sind. Bei den Ursachen wird zunächst auf die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Konzentration eingegangen. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Behandlung des Erfinderschutzes, eine Thematik, die bisher weitgehend vernachlässigt worden ist. Weitere Ursachenkomplexe sind Marktpolitik der Unternehmungen und Marktorganisation, Finanzierung, Rechtsordnung, persönliche Motive und Wandlungen der Leitung und der Belegschaft der Unternehmen sowie politische Einflüsse.

Bei den Wegen der Konzentration, denen der dritte Teil gewidmet ist, sind es Zivil- und Steuerrecht, die untersucht werden. Erleichterungen der Zusammenfassung von Unternehmungen durch die Rechtsordnung, Stimmrechtsübertragung, Ausschließlichkeitsbindungen, Organschaft, Schachtelprivileg und Treuhandvereinbarungen, steuerliche Begünstigung von Umwandlungen und Fusionen, Besteuerungsverfahren, alle diese Wege werden eingehend dargestellt und in ihrer Bedeutung analysiert.

Schon diese kurze Aufzählung der Gebiete, mit denen sich die Untersuchung befaßt, zeigt den weiten Raum und die Komplexität des Konzentrationsproblems. Lenel hat mit großem Fleiß und Akribie eine außerordentliche Fülle von Literatur bearbeitet, um seinem Thema gerecht zu werden. Seine theoretischen Ausführungen unterstützt er dabei durch sehr viele empirische Einzelheiten, die zugleich ein lebendiges Bild unserer Wirtschaft zeichnen. Eines machen seine Ausführungen deutlich: Lenel ist der Konzentration gegenüber nicht voreingenommen; er wendet sich aber gegen den oft behaupteten und nie bewiesenen angeblichen Zwang zur Konzentration und versucht mittels nüchterner, vorurteilsloser Analyse der Gegebenheiten die eigentlichen Zusammenhänge aufzudecken. Es wird deutlich, daß insbesondere die technischen Einflüsse nicht die Rolle bei der Konzentration spielen, die ihnen oft zugeschrieben werden. Beliebte Konzentrationsbegründungen, wie der dadurch hervorgerufene Rationalisierungseffekt, werden „entzaubert". Der Blick für die Unterschiede zwischen privat- und gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise wird geschärft. Lenel übersieht keineswegs die privatwirtschaftlichen Antriebe und Vorteile der

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konzentration; er weist aber eindringlich auf die volkswirtschaftlichen Aspekte hin, die zu einer anderen Beurteilung führen können.

Daß Lenels Ausführungen und Schlußfolgerungen von den Verfechtern der Konzentration, auch solcher unter den Nationalökonomen, nicht unwidersprochen bleiben würden, zeigte schon die Resonanz der ersten Auflage. Wie sehr sich die zweite Auflage bemüht, den Kritikern mittels Sachverstand und Tatsachenmaterial zu entgegnen, wird nicht zuletzt aus der annähernden Verdoppelung der Seitenzahl deutlich, aber auch darin, daß Lenel die Literatur bis zum jüngsten Zeitpunkt auswertet, insbes. die deutsche Konzentrationsenquete und die amerikanischen Hearings zur Konzentration.

Es bleibt zu hoffen, daß dieses Werk, das bewußt davon Abstand nimmt, die Wirkungen der Konzentration zu beschreiben und wirtschaftspolitische Konsequenzen aufzuzeigen, dazu beiträgt, die Konzentrationsdiskussion zu versachlichen und mindestens dazu führt, den tagespolitischen Konzentrationsargumenten ein gesundes Mißtrauen entgegenzubringen. Ansätze dazu sind in letzter Zeit zu finden.

Dieter Stilz, Berlin

Hans Otto Lenel: Die Bedeutung der großen Unternehmen für den technischen Fortschritt. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 26 S.

In dieser kurzen Broschüre setzt sich Lenel mit der Frage auseinander, ob die häufig vertretene These, technischer Fortschritt sei nur in großen Unternehmen möglich, in dieser generalisierenden Form richtig ist. Dazu werden in erster Linie Überlegungen über die Beziehung zwischen der Höhe der Aufwendungen und den Ergebnissen der Forschung angestellt, die einen engen Zusammenhang keineswegs sicher erscheinen lassen. Das überwiegend verwendete amerikanische Material läßt starke Zweifel an der Überlegenheit der Großunternehmen auftauchen, wenn auch, wie Lenel hervorhebt, kein abschließendes Urteil möglich ist, da der Mangel an Kenntnissen auf diesem Gebiet noch zu groß ist. Damit verliert auch der Ruf nach dem Staat, der nach amerikanischem Beispiel die Forschung unterstützen soll, viel an Überzeugungskraft und Dringlichkeit. Ob der Staat mit einer besseren Förderung der Bildung und Ausbildung nicht besser beraten wäre als mit Forschungsbeihilfen an die Industrie?

Dieter Stilz, Berlin

Erich Schneider: Zahlungsbilanz und Wechselkurs. Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 223 S.

Seine didaktischen Fähigkeiten stellt Erich Schneider, der Autor des am weitesten verbreiteten deutschen nationalökonomischen Lehrbuches, hier erneut unter Beweis. Inhalt des hier anzuzeigenden Bu-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ches ist die monetäre Außenwirtschaftstheorie. Gegliedert ist es in vier Kapitel.

Im 1. Kapitel (Internationale wirtschaftliche Transaktionen und ihre Finanzierung) wird der internationale Zahlungsverkehr abgehandelt; auf die eigentliche Finanzierung wird jedoch nicht eingegangen.

Das 2. Kapitel befaßt sich mit der statistischen Zahlungsbilanz. Schneider nimmt hier (insbesondere auf S. 55 ff.) gegen die falsche Verwendung des Begriffs des Zahlungsbilanzgleichgewichts Stellung. Mit Recht sagt er, „daß die statistische Zahlungsbilanz eine ex-post-Rechnung darstellt" und daher „der Gleichgewichtsbegriff auf diese Rechnung — insgesamt und partiell — nicht anwendbar ist" (S. 56). Der Gleichgewichtsbegriff ist ex definitione ein ex-ante-Begriff und daher nur sinnvoll anzuwenden bei Wirtschaftsplänen und bei der Beantwortung der Frage, ob sie erfüllt worden sind. Man müsse daher besser von Defizit und Überschuß bei der statistischen Zahlungsbilanz sprechen. So richtig das ist, so muß doch bemerkt werden, daß der Sprachgebrauch nicht immer der Logik folgt; die wirtschaftspolitische Praxis wird wohl trotzdem noch weiterhin den Terminus Zahlungsbilanzgleichgewicht verwenden, wenn sie die Zahlungsbilanz im statistischen Sinne mit der Bilanz der laufenden Posten oder mit der Grundbilanz identifiziert.

Im 3. Kapitel wird der Devisenmarkt behandelt. Dieser wird begrifflich gleichgesetzt mit „Zahlungsbilanz im Marktsinne" (Angebots- und Nachfragekonstellationen auf dem Devisenmarkt in einem bestimmten Augenblick, S. 67). Es fragt sich, ob es nötig ist, den Begriff der Zahlungsbilanz auch noch in dieser Weise zu verwenden.

Das 4. Kapitel behandelt „Zahlungsbilanzungleichgewicht und Zahlungsbilanzausgleich". Hier wird der Begriff der Zahlungsbilanz wiederum im Marktsinne als Devisenmarkt aufgefaßt. Der Gleichgewichtsbegriff wird daher hier sinnvoll verwendet. In diesem Kapitel finden sich die Ausführungen über den Zahlungsbilanzausgleich bei festen Wechselkursen, bei Stufenflexibilität und bei Devisenbewirtschaftung. So umfassend dieses Werk Erich Schneiders auch ist, man vermißt doch schmerzlich die Behandlung der theoretisch und praktisch so bedeutsamen Probleme der Auf- und Abwertung.

Trotz der gemachten Einschränkungen liegt hier wieder ein echter Schneider vor, der von Studierenden und Praktikern gleichermaßen ohne wesentliche Voraussetzungen — nur elementarische Kenntnisse von der Geldschöpfung und Geldvernichtung sind nötig — mit großem Nutzen herangezogen werden kann.

Alfred Kruse, Berlin

Ernst Bergemann: Gold gestern und heute. Frankfurt/M. 1964. Fritz Knapp. 92 S.

Der Autor hat auf ein Vorwort verzichtet. Nach dem Literaturverzeichnis hat er vorwiegend Veröffentlichungen von Banken benutzt sowie in- und ausländische Zeitschriften und Zeitungen, jedoch ohne

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nähere Angaben, und zwei Bücher. Die Darstellung weist eine ganze Anzahl von guten Tabellen auf, für die aber leider keine Quellen angegeben werden. Die Arbeit enthält wohl nur zwei Zitate mit Quellenangabe (S. 84, S. 91).

Bergemann gliedert seinen Stoff in drei Teile: I Produktion, Preise und Verteilung; II Goldmärkte; III Währungsreserven und schließt mit einem Ausblick (IV).

Am längsten ist Teil I. Aus der Überschrift sind die hier behandelten Fragen ersichtlich. Kann man wirklich sagen, daß die Produktionskosten des Goldes keinen Einfluß auf seinen Preis haben? Der Autor meint aber doch, daß sie „nur" auf den Umfang der Goldgewinnung Einfluß haben; ist dieser Umfang denn ohne jede Bedeutung für den Preis des Goldes? Gewiß wird der Preis auch von anderen Faktoren bestimmt, so, worauf auf S. 26 hingewiesen wird, durch die privaten Hortungen nach dem Ersten Weltkrieg. Der Autor ist bestrebt, die wirtschaftlichen und politischen Gründe der Preisentwicklung und ihre Wirkungen aufzuweisen. Ist Gold wirklich ein Wertmesser (S. 7, S. 51)? Die USA sind nicht 1837 (S. 25), sondern erst 1900 zur Goldwährung übergegangen. Auf der gleichen Seite befindet sich ein Druckfehler; es muß 35,56 statt 25,56 US-$ heißen.

Im Teil II werden die Goldmärkte behandelt. Nach einem kurzen geschichtlichen Abriß stellt der Verfasser die Usancen, Vorschriften usw. des Goldhandels für die beiden bedeutendsten Zentren, London und Paris, dar. Die Goldmärkte anderer Länder werden nur knapp behandelt. Ist es zweckmäßig, bei der Preisregulierung durch Goldzu- und -abflüsse schon die Begriffe Inflation und Deflation zu verwenden (S. 77)?

In Teil III geht Bergemann auf den Internationalen Währungsfonds ein und beschäftigt sich mit der direkten Zusammenarbeit zwischen den Währungsbehörden der wichtigsten Industriestaaten.

„Die Goldproduktion", heißt es auf S. 92, „hält sich zurzeit auf einem nie erreichten Rekordstand, und es kann zuversichtlich angenommen werden, daß ... die erreichte Höhe in der Goldproduktion zumindest erhalten bleibt". Der Autor glaubt, daß die Goldverkäufe Sowjetrußlands als Folge einer neuen Wirtschaftspolitik in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen werden, womit er nicht ganz unrecht hat. Als Problem unserer Zeit bezeichnet er die private Hortung, die er für die westliche Welt auf etwa 55—60 Mrd. DM schätzt. Der Golderwerb aus spekulativen Gründen in Erwartung einer Goldpreiserhöhung wird seiner Meinung nach durch eine Milderung oder gar eine Beseitigung der politischen Spannungen und der wirtschaftlichen Unsicherheit nachlassen.

Bergemann weist sich auf dem von ihm behandelten Gebiet als gut beschlagen aus und bringt viel Einzelheiten, im allgemeinen in leicht verständlicher Form. Der Leser, der mit der Materie nicht oder nur wenig vertraut ist, kann aus dem Büchlein manches lernen.

Bruno Schultz, Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die internationalen Währungsprobleme in der Weltwirtschaft der Gegenwart. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 30. Mitgliederversammlung deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. in Kiel am 26. und 27. Mai 1967. Berlin-München 1967. Duncker & Humblot. 187 S.

Unter der Fülle der Publikationen zur Umgestaltung unseres Währungssystems dürfte das 14. Beiheft der Konjunkturpolitik besonderes Interesse beanspruchen, weil hier ein Querschnitt über die im Kreis der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute herrschenden Ansichten zu diesem umstrittenen Problem geboten wird.

Das einleitende Referat von Herbert *Weise* erläutert die zahlungstechnischen Grundlagen des heutigen Währungssystems und gibt eine empirische Übersicht über Stand und Entwicklung der internationalen Liquidität. Leonhard *Gleske* knüpft an die empirischen Daten grundsätzliche Überlegungen über die adäquate Höhe der Währungsreserven an, wobei er zu dem Schluß kommt, daß zwischen dem Umfang des Außenhandels und dem Bedarf an Internationaler Liquidität nur ein sehr loser Zusammenhang besteht. Das Referat von Hans-Joachim *Jarchow* vermittelt einen prägnanten Überblick über den gegenwärtigen Stand der Währungsdiskussion. Franz Joachim *Clauß* bringt, etwas abseits des Hauptthemas, eine eindringliche Kritik des vom Sachverständigenrat entwickelten Konzepts eines stetigen Paritätsanstiegs der DM.

In den Referaten von *Weise* und *Clauß* wurde darüber hinaus das Thema angeschnitten, an dem sich die lebhafteste Diskussion entzündete, nämlich der Zusammenhang zwischen der amerikanischen Währungssituation und dem internationalen Währungssystem. Bei dem Vortrag von *Weise* ist überraschend, wie weitgehend hier dem Gold-Devisen-Standard eine kausale Bedeutung für die gegenwärtigen Liquiditätsschwierigkeiten der Dollar-Währung zugeschrieben wird. Diese Schwierigkeiten bestehen ja nur oberflächlich in der Gefahr, daß die anderen Länder eine weitgehende Einlösung ihrer Dollarreserven in Gold verlangen könnten. Die tiefere Ursache liegt doch wohl in der Tatsache, daß der Überschuß der amerikanischen Leistungsbilanz nicht ausreicht, um die Defizite des Kapitalverkehrs und der staatlichen Transaktionen zu kompensieren. Dieses Ungleichgewicht müßte in jedem Währungssystem überwunden werden, es sei denn, man billigt den Vereinigten Staaten die Rolle einer Art von Weltzentralbank zu, welche ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten unbegrenzt ausdehnen könnte.

Die Diskussion um die Wege zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz spiegelt die allgemeine Unsicherheit gegenüber diesem Problem wider. Die Anwendung einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik wurde von den Teilnehmern zurückgewiesen, weil ein so großes Land wie die Vereinigten Staaten seine Konjunkturpolitik nicht den Erfordernissen der Zahlungsbilanz, welche nur einen geringen Bruchteil der gesamtwirtschaftlichen Transaktionen umfaßt, unterordnen

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

könne. Teilweise wurde sogar von einer expansiven Politik eine Drosselung des amerikanischen Kapitalexports erwartet. Eine von *Clauß* befürwortete Abwertung des Dollar, die ja in einem reformierten Währungssystem möglich wäre, fand kaum Zustimmung, da das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit angeblich in den staatlichen Transaktionen und im Kapitalverkehr, jedoch nicht in der Leistungsbilanz begründet ist. Vielleicht waren sich hier die Skeptiker nicht ganz des Zusammenhangs zwischen Leistungs- und Kapitalbilanz bewußt, wie er durch den Transfermechanismus vermittelt wird; der Überschuß der amerikanischen Leistungsbilanz ist ja weitgehend eine Folge der Kapitalexporte und Übertragungen und nicht ein Anzeichen eines ohnehin schon bestehenden Wettbewerbsvorsprungs.

Eine lebhafte Diskussion entstand naturgemäß um die Schaffung künstlicher Reservemedien. Die Stellungnahmen reichen hier von der Warnung vor den damit verbundenen inflationistischen Gefahren bis zur Forderung nach einer fast unbegrenzten Finanzierung der Zahlungsbilanzdefizite, um sicherzustellen, daß das Wachstum der Weltwirtschaft durch das Tempo der „expansivsten" Länder bestimmt würde. Die expansionistische Haltung gipfelt in dem Vorschlag, die neuzuschaffende internationale Liquidität auch für die Entwicklungsfinanzierung einzusetzen.

Für das heute so vieldiskutierte System flexibler Wechselkurse fanden sich unter den Teilnehmern keine Befürworter. Statt dessen wurde eine größere Stufenflexibilität empfohlen.

Anton Konrad, München

Eduard Kellenberger: Außenhandel. Neue und alte Theorie. Bern 1966. Stämpfli & Cie. 385 S.

Das Buch bildet den vierten Band einer vom selben Autor verfaßten Reihe „Volkswirtschaftliche Irrtümer und Fehlgriffe". Der Verfasser kommt dem Leser insofern entgegen, als er die seiner Meinung nach wichtigsten Untersuchungsergebnisse in Form von 33 Thesen dem Buch voranstellt. Die Lektüre dieser Thesen ist aus zwei Gründen geeignet, den einigermaßen sachkundigen Leser in Verwunderung zu versetzen:

Der eine Grund liegt darin, daß einige der Thesen gängiges Lehrbuchwissen wiedergeben, also jeglicher neuer Erkenntnis entbehren: So z. B. These 14: Jeder Fiskalzoll ist in seinen Auswirkungen ein Schutzzoll, wie überhaupt jeder Zoll, wenn nicht in der Absicht, so doch in der Wirkung, ein Schutzzoll ist. These 15: Jeder Schutzzoll ist auf die Dauer ein Fiskalzoll. These 19: Der Abbau der *mengenmäßigen* Handelsschranken seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat einen wesentlichen Anteil am Aufschwung des Weltverkehrs, an der Hebung der Produktivität, des Volkseinkommens und der Lebenshaltung in den durch den Handel verbundenen Ländern. These 23: Subventionen sind Musterbeispiele differenzierter Unterstützung; sie sind von Haus aus einseitig, wirken favorisierend für die Empfänger und diskriminie-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rend für alle anderen ... These 30: Aus der Passivität der Handelsbilanz darf nicht auf eine Passivität der *Zahlungsbilanz* geschlossen werden. Ein Land kann jahrelang eine aktive Handelsbilanz besitzen, während die Zahlungsbilanz andauernd passiv ist.

Der andere Grund liegt darin, daß sich einige Thesen mit dem heutigen Erkenntnisstand kaum in Einklang bringen lassen. Als Beispiele seien genannt: These 1: *Negativ* wird auf elementar-mathematischem und überdies auf empirischem Wege die Theorie der komparativen Produktionskosten im Außenhandel widerlegt, *positiv* der Nachweis erbracht, daß im internationalen Handel genau wie im Handel jedes einzelnen Landes der *Preis* die Richtung des Handels bestimmt. These 2: Die Annahme, daß der Freihandel zwangsläufig zur internationalen Arbeitsteilung führe, beruht auf Irrtum. Der Spezialisierung von Mensch zu Mensch steht die Diversifizierung von Land zu Land gegenüber. These 13: Durch die einem Land gewährte Zollpräferenz erhöht sich zwar die Ausfuhr derjenigen Waren, die bevorzugt werden, nicht aber die Gesamtausfuhr eines Landes. These 16: Der Einfuhrzoll wird ausschließlich vom Inland getragen. These 28: Die herrschende *Handels-* und *Zahlungsbilanzpolitik* ist samt und sonders abwegig. — Derart frappiert macht man sich an die Lektüre des Buches, neugierig, zu erfahren, wie der Verfasser seine Thesen zu beweisen gedenkt.

Der „Erste Abschnitt" des Buches ist überschrieben mit „Freihandel, Protektionismus, Fiskalismus". Darin setzt sich Kellenberger zunächst mit der heute allgemein anerkannten These auseinander, daß Freihandel über eine Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung zu Produktivitätssteigerungen und Volkseinkommenserhöhungen in den beteiligten Ländern führe. Er tut das, indem er zunächst die Theorie der komparativen Kosten zu widerlegen versucht. Dabei entgeht ihm offenbar, daß diese Theorie seit *Ricardo* vielfältige Modifizierungen und Korrekturen erfahren hat. Manche seiner diesbezüglichen Ausführungen gehen daher ins Leere.

Wenn er es jedoch für unmöglich hält, daß ein Land eine Ware exportiert, die teurer ist als im importierenden Land (S. 46), ist das ein Irrtum; denn „teurer" heißt hier, daß der reale Kostenaufwand höher ist als im Ausland. Der Antrieb zur Spezialisierung auf dieses Gut beruht aber darauf, daß der „Verlust" bei Verzicht auf die Produktion des anderen Gutes geringer ist als der „Gewinn" aus der Mehrproduktion des Gutes mit dem komparativen Kostenvorteil. Für das andere Land (mit absoluten Kostenvorteilen bei beiden Gütern) gilt das gleiche für das andere Gut. Die Geldpreise hingegen werden im jeweils exportierenden Land geringer sein als im importierenden. Somit deckt die Theorie der komparativen Kosten auch die Aussage des Verfassers, daß „der *Preis* die Richtung des Handels bestimmt" (S. 47). Auch weitere Einwände gegen die Theorie der komparativen Kosten, wie der, daß Spezialisierung und Außenhandel bei abnehmenden Ertragszuwächsen bzw. steigenden Grenzkosten den beteiligten Ländern zum Schaden gereiche (S. 62 ff.), ist in neueren Lehrbüchern widerlegt worden (siehe Klaus *Rose:* Theorie der Außenwirtschaft. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aufl. Berlin 1966. S. 201 ff.). Allerdings muß hier gesagt werden, daß Kellenberger darauf besteht, daß nach *Ricardo* unter Arbeitsteilung „reine Arbeitsteilung" im Sinne einer vollkommenen Aufgabe der Produktion eines Gutes zu Gunsten der Produktion eines anderen Gutes zu verstehen ist (S. 70). Es ist richtig, wenn er meint, daß eine solche „reine Arbeitsteilung" bei abnehmenden Ertragszuwächsen nicht stattfindet. Nur trifft er damit nicht die heutige Theorie der komparativen Kosten, die genau wie er zu dem Ergebnis kommt, daß es lediglich zu einer unvollständigen Produktionsverschiebung kommt.

Auch seine heftige Attacke gegen die internationale Arbeitsteilung, von der er sagt, daß es nicht sie, sondern lediglich eine solche von Mensch zu Mensch gebe (S. 80 ff.), überzeugt keineswegs. Denn die Tatsache, daß alle Länder sich um „Diversifizierung und Industrialisierung" (S. 81) bemühen, und die zahlreichen Beispiele dafür, daß Länder heute Güter produzieren, die sie früher nicht produziert haben, widerlegen doch nicht, daß es zu einem *gegebenen Zeitpunkt* eine bestimmte *ungleichmäßige* Verteilung der Güter- und Leistungsproduktion auf die einzelnen Länder gibt. Und das versteht man unter internationaler Arbeitsteilung. Daß es sich dabei nicht um einen Dauerzustand handelt, ist nahezu selbstverständlich; ändern sich doch dauernd irgendwelche der vielen Faktoren, die einen relativen Kostenvorteil bzw. -nachteil begründen.

Die Ausführungen zur Frage der Berechtigung von Schutzzöllen bringen wenig Neues (S. 97 ff.). Denn es ist klar, daß man bei entsprechender Setzung politischer und wirtschaftspolitischer Ziele *jede* Art von Schutzzoll rechtfertigen kann, etwa die Erhaltung der für die Landesverteidigung wichtigen Produktionen im Inland. Vielen Überlegungen des Verfassers zu den Themen „Erziehungszoll" (S. 138) und „Erhaltungszoll" (S. 148 ff.) und der Fragwürdigkeit der von ihnen erhofften Wirkungen ist durchaus zuzustimmen. Aber auch hier bewegt sich der Verfasser keineswegs auf Neuland, wie er es eigentlich vorhatte.

Dagegen liest man mit Befremden, wie Kellenberger seine Meinung begründet, der Einfuhrzoll werde immer vom Inland getragen: „Der Zoll ist ein Art Steuer ... Hat jemand je behauptet, die anderen inländischen Abgaben würden vom Ausland getragen, entweder teilweise oder gesamthaft?" (S. 193). — Das ist stark! Sollte er wirklich nicht wissen, daß vergleichbare inländische Abgaben wie z. B. Verbrauchssteuern, je nach Marktlage, durchaus ganz oder zum Teil vom *Anbieter* getragen werden. Das gleiche gilt für Zölle. Auch hier ist es so, daß den *ausländischen* Anbietern die Überwälzung des Zolls auf die inländischen Nachfrager nicht oder nur zum Teil gelingt. (Einzige Ausnahmen sind die Fälle völlig elastischen Auslandsangebots oder völlig unelastischer Inlandsnachfrage.) Das bedeutet, daß das Ausland den Zoll (zum Teil) trägt. Weiter unten (S. 199) argumentiert der Verfasser gar, der Zoll sei doch eine sehr reale Sache und gelange in die Staatskasse, ohne daß von irgendwelcher Teilung zwischen In- und Aus-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

land die Rede sein könne. — Muß man noch betonen, daß es bei der Frage, wer den Zoll trägt, nicht um die Zolleinnahmen geht! In der Tatsache, daß die Importgüterpreise nicht um den vollen Zollsatz steigen, dokumentiert sich die Belastung des ausländischen Anbieters durch den Zoll!

Der dritte und letzte Abschnitt des Buches ist mit „Handels- und Ertragsbilanz, Zahlungsbilanz und Währung" überschrieben. Nach einer sehr ausführlichen Erläuterung der gängigen Begriffe (Zahlungsbilanz und Teilbilanzen), in deren Verlauf er sich kritisch mit der Zweckmäßigkeit einiger heute üblicher Bezeichnungen auseinandersetzt (z. B. S. 284), sucht der Verfasser an historischen Beispielen (Schweiz, Italien, USA und England) These 28 zu belegen. Daß es nicht schwerfällt, zahlreiche zahlungsbilanzpolitische Mißgriffe aufzuzeigen, liegt auf der Hand. Aber lohnt sich dieser Aufwand, wenn nicht mehr dabei herauskommt als die Binsenwahrheit, daß ein durch Inflationierung hervorgerufenes Zahlungsbilanzdefizit tunlichst nicht durch kurieren an Symptomen zu bekämpfen sei (S. 315 f.)!

Der Rezensent muß es sich hier (wie schon an anderer Stelle) versagen, auf viele Dinge einzugehen, die zur Kritik herausfordern. Aber die vorangegangenen Beispiele sollten gezeigt haben, daß das vorliegende Buch nicht frei von schwerwiegenden Mängeln ist und daß es dem heutigen Stand der Außenwirtschaftslehre nicht gerecht zu werden vermag.

Hubertus Adebahr, Berlin

Rolf O. Hirtz: Zum Problem der Doppelplanung des Wirtschaftsprozesses durch Staat und Einzelwirtschaften. Stuttgart 1968. Gustav Fischer. 185 S.

Mit der vorliegenden Untersuchung der komplexen Beziehungen zwischen einzelwirtschaftlicher Planung und zentraler Globalplanung in einer Marktwirtschaft hat sich der Verfasser die Aufgabe gestellt, „zur Beseitigung der ordnungstheoretischen und ordnungspolitischen Unsicherheit beizutragen, die hinsichtlich des Grenzbereichs zwischen Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft allenthalben anzutreffen ist" (S. 2).

Um dieser zweifellos ebenso interessanten wie anspruchsvollen Aufgabenstellung zu entsprechen, werden im ersten Teil zunächst die Bedingungskonstellation, Methodik und Funktionsweise dezentraler Prozeßplanung sowie die wesentlichen — teils systembedingten, teils wirtschaftspolitischen — Ursachen und Folgen der Abweichungen realer Marktwirtschaften vom ordnungstheoretischen Modell dargestellt. Nach einer kurzen Beschreibung und Charakterisierung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als ex post-Darstellung des makroökonomischen Kreislaufs und des darauf basierenden Nationalbudgets analysiert Hirtz sodann die Begründung und Methodik der Aufstellung eines mittelfristigen zentralen Planbudgets sowie dessen

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aussagefähigkeit. Den Abschluß dieses ersten Teils bildet eine zusammenfassende Gegenüberstellung der Ergebnisse, zu denen die Systemanalyse der beiden Planungsebenen geführt hat.

Auf der Grundlage dieser weitgehend theoretisch gehaltenen Vorstudien werden im zweiten Teil die Möglichkeiten und Grenzen einer Synthese zentraler Globalplanung und dezentraler Planung untersucht. Besonders eingehend setzt sich der Verfasser hier mit der Frage nach dem Informationswert der Zentralplandaten für die Einzelwirtschaften, den verschiedenen Ansatzpunkten einer Verklammerung der beiden Planungsebenen und den vielfältigen wirtschaftspolitischen Methoden auseinander, die in dem Bestreben, den Zentralplan zu realisieren, seitens des Staates zur Anwendung gelangen können.

Offenkundig unter dem Eindruck auch der Erfahrungen, die in den vergangenen Jahren mit der französischen Planification gemacht worden sind, gelangt Hirtz u. a. zu folgenden Ergebnissen: 1. Solange der Zentralplan nicht auf der Grundlage einer theoretisch gesicherten Strukturprognose aufgestellt werden kann, erscheint er nicht geeignet, die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft vom System her zu verbessern. 2. Die globalen Güterbewertungen durch eine weisungsgebundene Zentralplanbehörde weichen mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" von der Summe der einzelwirtschaftlichen Bewertungen ab. 3. Infolgedessen sind dem „System" der doppelten Prozeßplanung und -lenkung starke Interessengegensätze immanent. 4. Die Wettbewerbsordnung wird tendenziell durch eine korporative Ordnung ersetzt, in der kartellartige Gruppierungen mit Billigung des Staates über die Bedarfsdeckung entscheiden. 5. Die verschiedenen Methoden der Zentralplanrealisierung verändern das Bedingungssystem des wirtschaftlichen Handelns derart, daß eine Wirtschaftsrechnung weder in der einen noch in der anderen Weise zureichend durchgeführt werden kann. Ein allgemeiner Leistungsabfall ist daher unvermeidlich.

Als allein sinnvoll bezeichnet Hirtz eine zentrale Planung, die sich auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses (Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs!) und auf die Erfüllung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben beschränkt. Darüber hinaus kann eine zentrale Vorausschau der wirtschaftlichen Entwicklung in Gestalt alternativer Prognosebudgets, mit denen lediglich Signale gesetzt werden, dazu beitragen, das Verständnis der einzelwirtschaftlichen Planträger für die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu verbessern.

Die Gegenüberstellung eines „hinreichenden" (?) Wettbewerbs einzelwirtschaftlicher Planträger (S. 27) mit einem als allgemein verbindlich erklärten Zentralplan (S. 43), von der der Verfasser bei seinen Untersuchungen ausgeht, erscheint zwar unter verschiedenen Aspekten ebenso angreifbar wie etwa die Unterstellung, der Zentralplan dringe „lediglich bis zu einigen Wirtschaftszweigen vor" (S. 121)

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und enthalte vor allem auch keine Aussagen über die räumliche Disaggregation der Globalgrößen (S. 70). Doch als vornehmlich theoretischer Beitrag zur Klärung der komplexen Beziehungen zwischen den beiden Planungsebenen verdient die Studie von Hirtz gleichwohl besondere Aufmerksamkeit.

Karlheinz Kleps, Linz

Friedrich-Wilhelm Dörge: Strukturpolitik wohin? Erhalten — Anpassen — Gestalten? Opladen 1968. C. W. Leske. 70 S.

Diese kleine Schrift, die in der Reihe der Beiträge zur Sozialkunde (Veröffentlichungen der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg) erschienen ist, gibt auf kleinem Raum große Einsichten in Stand und Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens und in die Wirtschaftspolitik, hier besonders in die Strukturpolitik.

Dörge behandelt in einem ersten Teil die Grundprobleme des Strukturwandels in der wachsenden Wirtschaft, worauf zwei Kapitel folgen über die Wandlungen der Bedarfs- und der Produktionsstruktur. Daran schließt sich die Erörterung der durch unterschiedliche struktur- und wachstumspolitische Konzeptionen bedingten Konflikte an. Ein weiteres Kapitel behandelt schließlich die Grundsatzentscheidungen und Anwendungsgebiete der Struktur- und Wachstumspolitik.

Das didaktisch geschickt aufgebaute und aufgemachte Büchlein zeichnet sich durch große Übersichtlichkeit (Systematik, Marginalien) aus und bietet zugleich dem Interessierten den Weg zu weiterem Studium durch auf einschlägige Literatur hinweisende Fußnoten.

Auch dieser Beitrag zur Sozialkunde trägt zur Vertiefung der politischen Bildung bei, werden doch die divergierenden, in der Wirtschaftspolitik wirkenden Kräfte in den allgemeinen Zusammenhang gestellt. Wenn auch überall die vom Verfasser gesetzten wirtschaftspolitischen Ziele deutlich werden, so versäumt er doch nicht, auch gegenteilige Auffassungen anzuführen. Vielfach läßt Dörge andere Autoren in längeren Zitaten mit prägnant gefaßten Äußerungen zu Wort kommen.

Die dem Umfang nach kleine, aber inhaltlich umfangreiche Schrift ist geeignet, auch einer breiteren Öffentlichkeit Antwort auf die hier gestellten Fragen zu geben und damit zugleich wertvolles Wissen zu vermitteln.

Alfred Kruse, Berlin

Heinz-Dietrich Ortlieb und *Friedrich-Wilhelm Dörge* (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik. (Modellanalysen — Band II.) Opladen 1968. C. W. Leske. 369 S.

Der unter dem Titel „Wirtschafts- und Sozialpolitik" 1964 erschienene Eröffnungsband dieser Reihe hat bei den zahlreichen Adressaten des neuartigen Studienwerks viel Beifall und rasche Verbreitung gefunden und mittlerweile die 3. Auflage (1967) erreicht. Zum Themen-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kreis „Wirtschaftsordnung und Strukturpolitik" folgen nun in diesem zweiten Band weitere zehn Modellanalysen, die aus Lehrveranstaltungen der Hamburger Akademie für Wirtschaft und Politik entstanden sind und einzeln bereits in der Zeitschrift „Gegenwartskunde" wie auch in den „Beiträgen zur Sozialkunde" veröffentlicht wurden.

Wiederum ist der didaktische Nutzwert solcher Anschauungs- und Übungsbeispiele wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und Entscheidungen, die allesamt aus der Gegenwart herausgegriffen sind, hoch einzuschätzen: Der Leser wird nicht nur mit den sozialökonomischen Fakten vertraut gemacht, sondern auch mit dem theoretischen Rüstzeug und der Methodik wissenschaftlichen Arbeitens, so daß er sich im Gedränge von Zielkonflikten und politischen Meinungsverschiedenheiten, die nirgends verschwiegen werden, eher zurechtfinden und ein eigenes Urteil bilden kann. An der bewährten Gliederung jedes Teilstücks (Modellanalyse, Kommentar, Fragen zur Diskussion und Literaturhinweise) wurde festgehalten, und darüber hinaus wird auch im Text mit terminologischen, statistischen und bibliographischen Orientierungshilfen nicht gespart. Nicht minder Lob verdient erneut die konturensichere, „mnemotechnisch" durchdachte Gestaltung des Drucksatzes, die den Lernprozeß der Adepten in vielen Fällen beflügeln mag, ohne blinden Stichworteifer in falsche Sicherheit zu wiegen.

Alle Kapitel behandeln jeweils in sich abgeschlossene Problemkreise, doch überschneiden und ergänzen sich diese in vielfältiger Weise, was vom Gegenstand und Zweck dieser Sammlung her unvermeidlich, ja gerechtfertigt ist, weil die Mehrdimensionalität wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maximen und Handlungsalternativen damit noch unterstrichen wird. Der erste Teil ist der wirtschaftspolitischen Grundlegung gewidmet und schildert in den entscheidenden Umrissen die Wirtschaft als gesellschaftlichen Prozeß schöpferischer Zerstörung, die Wirtschaftsordnung als politische Aufgabe und die Funktion der Strukturpolitik in der wachsenden Wirtschaft. Die speziellen Modellanalysen im zweiten Teil des Bandes gelten den Themen „Energiepolitik im Gemeinsamen Markt", „Mittelstand und Marktwirtschaft", „Gerechte Steuern", „Verkehrspolitik", „Konsumfreiheit in der Marktwirtschaft", „Sowjetische Wirtschaftspolitik im Wandel", „Mitbestimmung im Betrieb", „COMECON — wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostblock", „Automation" und „Entwicklungshilfe — Geschenk, Geschäft oder Politik?", und als Mitarbeiter zeichnen neben den Herausgebern G. *Elsholz*, K. *Kleps*, M. *Schmidt* und H.-J. *Winkler* verantwortlich.

Das Buch hat dem Rezensenten bei seinen Anstrengungen, ohne Beckmesserei Lücken und Unklarheiten aufzudecken, keine Angriffsflächen geboten. Bemerkenswerterweise konzentrieren sich die Errata, die in einer Neuauflage behoben werden sollten, auf das Namen- und Sachregister: S. 353 erscheint S. *Balke* zweimal, S. 356 fehlen zum Stichwort „Einkommensgarantien" die Fundstellen, S. 359 muß es statt K. richtig U(rs) *Jaeggi* und S. 362 O. *v. Nell-Breuning* heißen.

Antonio Montaner, Mainz

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Wirtschaftliche und soziale Probleme des Agglomerationsprozesses. Beiträge zur Empirie und Theorie der Regionalforschung. Bd. 1, 3, 4, 8, 11 und 12. München o. J. (1967). IFO-Institut für Wirtschaftsforschung.

In dieser auf 12 Bände bemessenen Reihe veröffentlicht das Münchener IFO-Institut die Ergebnisse von Forschungsarbeiten, die allesamt das Ziel verfolgen, die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den standörtlichen Ballungstendenzen und den funktionalen Verflechtungen innerhalb der lokalen und regionalen Siedlungsgebiete (vornehmlich im Umland großstädtischer Kristallisationszentren) aufzudekken. Die meisten Untersuchungen sind auf raumbildliche Bestandsaufnahmen abgestellt und verfolgen keine unmittelbaren prognostischen Zwecke. Dessenungeachtet sollen und können sie als Vorlagen für eine systematisch umfassende und dennoch differenzierende Regionalplanung dienen, deren politischen Vollzug das Bundesraumplanungsgesetz vorgezeichnet hat. Darüber hinaus sind diese Studien — wie Karl M. *Hettlage* als Präsident des IFO-Instituts in seinem Begleitwort zu sämtlichen Einzelbänden bemerkt — als Beiträge zur Diskussion über die Probleme einer „räumlichen Ordnung der Volkswirtschaft" gedacht; jedoch hat diese Diskussion nicht „gerade erst begonnen", sondern schon vor mehr als einem Vierteljahrhundert eingesetzt: Das von Ernst *Schuster* edierte Sammelwerk „Monoindustrielle Agglomeration" (Würzburg 1940) und „Die räumliche Ordnung der Wirtschaft" (2. Auflage Jena 1944) von August *Lösch* markierten bereits eine gehörige Wegstrecke, die Raumwirtschaftslehre und -forschung damals im In- und Ausland genommen hatten. Aus diesen Vorleistungen und vielem, was in der Zwischenzeit an neuen und detaillierteren Erfahrungen und theoretischen Einsichten zutage gefördert wurde, haben die vorliegenden Expertisen beachtlichen Nutzen gezogen.

Im 1. Band „Begriff und Abgrenzung der Region unter besonderer Berücksichtigung der Agglomerationsräume" (III, 144 S.) weisen Helmut *Brede* und Carles *Ossorio* zunächst die Bedeutung der räumlichen Dimension für die sozio-ökonomische Analyse nach und erörtern die mannigfachen, teilweise widerstreitenden Kriterien, die für die Begriffsbestimmung der „Region" generell wie auch im Rahmen politisch-administrativer Grenzen in Betracht zu ziehen sind. Die Unterscheidung typischer Regionsformen leitet über zum Kernstück des Buches, nämlich zur Interpretation und Würdigung der „homogenen" und der „funktionalen" Region in ihrer Anwendung auf das Gefüge städtischer Agglomerationsräume. Es zeigt sich, daß jegliches Abgrenzungsverfahren „jeweils nur konkreten Fragestellungen gerecht werden kann" (S. 75), und was die zur Vermeidung derartiger merkmalsgebundener Abgrenzungsschwierigkeiten schon seit 1890 benutzte „Zirkelschlagmethode" anbelangt, so muß eine solche rein mathematische oder geometrische „Umkreisung" des Agglomerationsgebiets dessen demographischen, wirtschaftlichen und soziologischen Eigenarten in noch höherem Maße Gewalt antun.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Die ökonomischen Bestimmungsgründe der räumlichen Ordnung" hat Gerhard *Isenberg* im 3. Band (V, 237 S.) sehr gründlich dargelegt. Die theoretischen Betrachtungen im ersten Abschnitt gelten den Produktionsbedingungen eines Gebiets, seiner sektoralen Struktur und Wirtschaftskraft sowie der räumlichen Ordnung im Sinne der Verteilung der Menschen und Anlagen auf die einzelnen Teilgebiete. Die S. 33 ff. entwickelten Modelle demonstrieren an Hand von Zahlen die Bedeutung der Interdependenz, die zwischen der Struktur und der Ausstattung mit Sachkapital besteht. Der zweite Abschnitt arbeitet die Gesichtspunkte heraus, unter denen die Wirtschaftsstruktur räumlich aufgegliedert werden kann. Auf eine allgemeine Einführung in diese Materie folgt eine Auswahl von Tabellen, mit deren Hilfe die zuvor deduzierten Gedankengänge auf ihre Brauchbarkeit für die empirische Forschung geprüft werden, und im dritten Abschnitt wendet der Autor sein Instrumentarium auf die Datenverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropas an. Als Beispiele werden herangezogen: a) Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg für die Stufe der Region, b) Westeuropas vollentwickelte Länder für die Stufe der Großregion und c) ein behelfsmäßiger Versuch zur Gliederung der Bundesrepublik in Regionen auf der Basis der derzeitigen Kreise und Länder. Abschließend nimmt der Verfasser zu den vielschichtigen Problemen der Regionalprognose Stellung.

Als 4. Band haben Armin *Gebhardt*, Hans *Baumann* und Klaus *Schworm* Untersuchungen der „Agglomerations- und Deglomerationstendenzen in der westdeutschen Industrie" (III, 266 S.) beigesteuert. Es handelt sich um fünf Einzelstudien solcher Branchen, die in ihrem strukturellen Gewicht und in ihrer regionalen Differenzierung gesamtwirtschaftlichen Vorrang einnehmen (eisenschaffende Industrie, chemische Industrie, Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Textilindustrie). Neben dem Datenmaterial der amtlichen Statistik und der Industrieverbände wurden auch Erhebungen über die technologischen Entwicklungstendenzen nutzbar gemacht. In ihrem Gesamtertrag machen die folgerichtig und anschaulich argumentierenden Beiträge deutlich, wie sehr jede empirische Regionalforschung — auch um ihres theoretischen Erkenntniswertes willen — auf zweigwirtschaftliche Vergleiche angewiesen bleibt.

Der 8. Band aus der Feder von Hans-Jürgen *Back* hat „Das Social-Cost-Problem unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland" (IV, 340 S.) zum Gegenstand. In einleuchtender Weise wird nach einer knappen terminologischen, dogmatischen und literaturkundlichen Einführung in die Sozialkostentheorie deren Tragweite für die räumliche Analyse der Wirtschaft und für die Ziele der Raumordnungspolitik auseinandergesetzt. Wie es dem Sinn dieser Schriftenreihe entspricht, stehen im Mittelpunkt aller weiteren Erwägungen die Probleme der empirischen Behandlung und quantitativen Erfassung der Sozialkosten, wobei eigene Grundlagenuntersuchungen des Verfassers für die Agglomera-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tionsräume um Hannover, Hamburg und München fruchtbar gemacht werden. Besonderes Interesse verdienen nach Meinung des Rezensenten die Ergebnisse einer Firmenbefragung über die „Vermeidungsaufwendungen" in diesen drei Städten und ein Exkurs über die juristische und administrative Behandlung von Sozialkostentatbeständen in der Bundesrepublik Deutschland, auch und gerade hinsichtlich ihrer ökonomischen Konsequenzen (S. 269 ff.).

Im 11. Band unternimmt Lothar *Weichsel* eine „Vergleichende Haushaltsbeschreibung und Haushaltsanalyse ausgewählter Städte" (XI, 150 S.), um damit eine finanzstatistische Arbeitsunterlage zur Beschreibung und Lösung der spezifischen Probleme kommunaler Struktur- und Raumordnungspolitik in groß- und mittelstädtischen Ballungsgebieten zu gewinnen. Für den Zeitraum 1961—64 wurden die entsprechenden Haushaltsrechnungen in den Ausgaben und Einnahmen budgetsystematisch aufbereitet und im einzelnen verglichen. Alsdann hat der Verfasser sein Augenmerk auf die Finanzierung vermögensunwirksamer und vermögenswirksamer Ausgaben sowie auf die Wandlungen des Schuldenstandes gerichtet und schließlich die fünf vordringlichen Aufgabenbereiche gemeindlicher Tätigkeit (Schulen, Krankenhäuser, Wohnungsbau, Straßenbau, Stadtentwässerung und Müllbeseitigung) näher unter die Lupe genommen.

„Der Agglomerationsprozeß als Problem der Wirtschafts- und Raumordnungspolitik" ist der Titel des 12. Bandes (IX, 428 S.) von Jürgen *Kraft*, dem zugleich die wissenschaftliche Leitung der ganzen Forschungsreihe oblag. Nach einer gedrängten Einleitung in die politischen Aspekte des Agglomerationsgeschehens werden die formalen und materialen Erfordernisse sowie die Leitlinien wirtschaftspolitischen Handelns dargetan. (Als besonders instruktiv dürfen hierbei die Ausführungen über „alternative Systeme der Politik" und zur „Kommensurabilität der Konzeptionen" angesprochen werden.) Der Autor befaßt sich sodann sehr gründlich mit dem Geltungsproblem der Raumordnungspolitik im Hinblick auf die wachstums-, struktur- und kulturorientierte Regionalpolitik wie auch bezüglich ihrer „sektoralen" Entscheidungskriterien (Struktur- und Wachstumspolitik, volkswirtschaftliche Verflechtung und Zentralität, Boden-, Grundstücks- und Wohnungspolitik, Finanz- und Infrastrukturpolitik, Sozialkostenpolitik). Im Schlußteil referiert der Verfasser über die Gestaltung der gegenwärtigen Regionalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, wobei auch die „großräumigen" Datenänderungen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und über den Bereich des Gemeinsamen Marktes hinaus gebührend beachtet werden.

Alles in allem darf den Mitarbeitern an dieser Sammeledition attestiert werden, daß sie mit der Theorie und Praxis regionaler Wirtschaftsforschung wohlvertraut sind. Mögen sie auch in ihrer Terminologie und Methodik — veranlaßt durch die unterschiedlichen Fragestellungen und Materialquellen — oft eigene Wege gegangen sein, so bleibt doch die gemeinsame agglomerationsanalytische und ordnungs-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politische Perspektive gewahrt und der theoretische Zusammenhang aller Einzelstudien evident.

Antonio Montaner, Mainz

Dieter Meiners: Ordnungspolitische Probleme des Warentests. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 215 S.

Über das Pro und Contra der Verbraucherinformation durch Warentests in der Marktwirtschaft bestehen nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die hier anzuzeigende Studie hat sich zum Ziel gesetzt, unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten zu prüfen, ob und inwieweit vergleichende Konsumgütertests mit den konstituierenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft — namentlich was die Verbrauchersouveränität und den Leistungswettbewerb betrifft — zu vereinbaren sind.

Der erste Abschnitt des Buches befaßt sich mit der ordnungspolitischen Integration des vergleichenden Warentests und hebt besonders auf den wettbewerbspolitischen Ansatz in der Marktkommunikation ab, wobei das Hauptgewicht der Betrachtung auf dem Postulat der Angebotstransparenz und auf den Hemmnissen im Informationsprozeß ruht, die vor allem der räumlichen Struktur des Angebots, der Typenvielfalt, der mangelnden Kenntnis neuer Materialien und Techniken seitens des Verbrauchers und gesetzgeberischen Marktinterventionen entspringen (S. 28 ff.). Im zweiten Abschnitt arbeitet Meiners die ordnungspolitischen Bestimmungsgründe des Warentests heraus. Nach einer systematisch gestrafften Analyse der Zwecke und Träger von Qualitätsprüfungen setzt sich der Autor eingehend mit der Durchführung und Veröffentlichung der Tests auseinander und forscht hierbei allen relevanten wettbewerbs-, wachstums- und sozialpolitischen Problemen nach, die sowohl makro- wie mikroökonomisch veranschaulicht und zu Ende gedacht werden. Der dritte Abschnitt legt die ordnungspolitische Bedeutung des Warentests unter Berücksichtigung des Konsumentenverhaltens dar und teilt nach einem Querschnitt durch die ökonomisch-psychologischen Zusammenhänge aufschlußreiche europäische und amerikanische Testerfahrungen mit, die deutlich die unterschiedlichen Wirkungen auf seiten der Verbraucher, des Handels und der Produzenten erkennen lassen. Wie sich zeigt, hängt die ordnungspolitische Einschätzung des Warentests in hohem Maße von seiner Ausgestaltung ab: Informations- und Werbeeffekte können leicht in Konflikt geraten, und zudem verbietet die unterschiedliche Informationsneigung der Konsumenten eine generelle Wertung. Aus diesen und anderen Feststellungen ergeben sich „für die Ordnungspolitik solche zum Warentest parallellaufende und ihn ergänzende Aktivitäten, die dem Verbraucher zu einem ganz anderen Bewußtsein seiner Stellung und Aufgabe in der Wirtschaft verhelfen, als es bisher der Fall war. Als Träger einer solchen umfassenden consumer education bieten sich auf den ersten Blick die Verbraucherverbände an; doch ist deren Einfluß in Deutschland durch starke Zersplitterung und geringe

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

finanzielle Mittel auf Grund eines niedrigen Mitgliederstandes geschwächt — ein circulus vitiosus, der anscheinend (wieder einmal) nur durch einen Staatsakt gelöst werden kann" (S. 192).

Meiners hat nicht nur eine streng am Thema orientierte Probe angewandter Wirtschaftstheorie geliefert, sondern auch eine ausgewogene literaturkritische Bilanz gezogen, die die gegensätzlichen Auffassungen und Interessen nirgends verschweigt. An ausländischen Schriften ist der Umsicht des Autors außer den sachverwandten Veröffentlichungen von Bertrand R. *Canfield*, J. V. *Coles*, Pierre *Martineau*, Vance *Packard* und George Horsley *Smith* kaum etwas entgangen.

Antonio Montaner, Mainz

Egbert Lindemann: Markttransparenz und Preispolitik. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 142 S.

Lindemann untersucht die Bedeutung unterschiedlicher Grade von Markttransparenz für das Entstehen wirtschaftlicher Macht. Seine These geht dahin, „daß Markttransparenz und die Tendenz zu wirtschaftlicher Machtbildung in gewisser Abhängigkeit voneinander stehen" (S. 11).

Zunächst analysiert der Verfasser die Begriffe Markttransparenz und Preispolitik, um danach eine Untersuchung auf Berührungspunkte und Abhängigkeiten zwischen beiden durchzuführen. Abschließend werden die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten erörtert, um unerwünschte Folgen bestimmter Konstellationen von Markttransparenz und Preispolitik für die Wirtschafts- und Marktstruktur zu verhindern.

Lindemann untersucht zuerst die Möglichkeiten einer staatlichen Einflußnahme auf dem Gebiet der Preispolitik, die von Maßnahmen zur Erhaltung oder Schaffung wirksamen Wettbewerbs durch Abbau von Marktschranken, staatliche Konkurrenzbetriebe, außenhandelspolitische Maßnahmen und Verhinderung von Machtkonzentrationen bis zur staatlichen Preisfestsetzung reichen (S. 99 ff.). Ein zweites wichtiges Mittel zur Einschränkung des preispolitischen Freiheitsgrades bestehe darin, die Markttransparenz der Konsumenten zu verbessern, wobei der Verfasser das Für und Wider der verschiedenen Möglichkeiten untersucht (S. 110 ff.). Er kommt zu dem Schluß, „daß wirklich neue Wege der staatlichen Wirtschaftspolitik weniger notwendig sind als vielmehr die Vereinigung der vielen schmalen Pfade, die schon heute zur Verbesserung der Markttransparenz führen sollen, aber sich meistens noch im Unterholz spezieller Interessenlagen verlaufen" (S. 137).

Die vom Autor erwähnte Diskussion um die wettbewerbspolitische und wettbewerbsrechtliche Beurteilung von Preismeldestellen (open price system) in homogenen Oligopolen (S. 82) hat u. a. auch gezeigt, daß bei Beidseitigkeit der durch eine solche Meldestelle bewirkten Markttransparenz Preisdifferenzierungen der Anbieter nicht mehr möglich sind. Die Preismeldestellen in Deutschland werden dazu be-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nutzt, durch das völlige Transparentmachen des gesamten Marktgeschehens vorstoßende Wettbewerbshandlungen wirtschaftlich sinnlos zu machen. Diese Markttransparenz bleibt jedoch auf die Anbieter beschränkt. Die in der wettbewerbspolitischen Diskussion geforderte Beidseitigkeit der Markttransparenz (für Anbieter und Nachfrager) würde zwar an der Wettbewerbsbeschränkung unter den Anbietern nichts ändern, könnte jedoch eine Ausnutzung der Intransparenz auf der Abnehmerseite durch Preisdifferenzierungen verhindern. (Vgl. meine Besprechung des Buches von Friedrich-Stephan *Behrens:* Marktinformation und Wettbewerb — Wirtschaftliche und rechtliche Grundlegung des Open-Price-Systems. Wirtschaft und Wettbewerb, Band 14 [1964], S. 419.)

Die These von Lindemann, daß zwischen der Markttransparenz und der Tendenz zu wirtschaftlicher Macht eine gewisse Abhängigkeit besteht, wird durch die Erfahrungen mit den Preismeldestellen in Deutschland und die wettbewerbstheoretische Diskussion in den letzten fünf Jahren bestätigt. Wie vom Autor gefordert, sollte daher die Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik im Interesse einer Chancen- und Waffengleichheit der Markttransparenz für die Verbraucher größere Aufmerksamkeit schenken.

Ingo Schmidt, Berlin

Kurt Blauhorn: Ausverkauf in Germany. München 1967. Moderne Verlags-GmbH. 265 S.

Dieser „Bericht über die weitreichenden Besitzumschichtungen in der Bundesrepublik", wie das Buch von Blauhorn im Klappentext genannt wird, hat innerhalb kurzer Zeit bereits seine dritte Auflage erreicht. Der Verfasser, der Wirtschaftsredakteur des „Spiegel" ist, liefert eine journalistisch brillant geschriebene Arbeit über die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland. Das Buch ist bewußt „publikumswirksam" geschrieben. Es kommt ohne jede Quellenangabe aus und will gewiß keinen Anspruch auf wissenschaftliche Durchdringung der Materie erheben.

Mehr beiläufig kommt Blauhorn in seiner Einführung auf insgesamt nicht mehr als einem Dutzend Seiten auf die Ursachen der ausländischen Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik zu sprechen. Den wesentlichen Grund dieser Entwicklung sieht er im Konzentrationsprozeß der deutschen Wirtschaft, der zahlreiche Unternehmer zum Verkauf ihrer Betriebe zwingt. Etwa zwei Drittel der angebotenen Firmen werden von westdeutschen Großunternehmen übernommen, um das restliche Drittel bemühen sich ausländische Interessenten. Vermutlich beschränkt sich der Autor aus diesem Grunde im wesentlichen auf den Erwerb bestehender deutscher Unternehmen unter Vernachlässigung der Neugründung von Firmen durch Ausländer.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der überwiegende Teil des Buches besteht aus aneinandergereihten Schilderungen von Fällen, in denen es zur Übernahme deutscher Firmen durch ausländische Unternehmen kam. Die Technik dieser Darstellung wird als „Dokumentation und spezielle Informationsstories" vorgestellt. Die Auswahl der Fälle führt zu einer gewissen tendenziösen Färbung, die sicherlich nicht ungewollt ist: Da Blauhorn vornehmlich von solchen „Besitzumschichtungen" innerhalb der Bundesrepublik spricht, an denen Amerikaner beteiligt waren, wird leicht der Anschein erweckt, als ob das amerikanische Kapital bei den ausländischen Beteiligungen in Deutschland dominiere, statt wie in Wirklichkeit etwa ein Drittel zu betragen. Dieser Eindruck der einseitigen Darstellung wird noch verstärkt, weil der Verfasser es vermeidet, auf den Gesamtzusammenhang internationaler Kapitalbewegungen einzugehen und die Vor- und Nachteile für die beteiligten Volkswirtschaften einander gegenüberzustellen.

Sieht man über diese Einwände hinweg, dann vermittelt das leicht zu lesende und mit zahllosen Wortspielen häufig anekdotenhaft gewürzte Buch von Blauhorn einen Einblick in Hintergründe des Erwerbs deutscher Firmen durch Ausländer, wie er in dieser Form bisher nicht zu erhalten war.

Klaus-Heinrich Standke, Paris

Audrey Donnithorne: China's Economic System. London 1967. Allen & Unwin. 592 S.

Wer regelmäßigen Zugang zu den Neuerscheinungen der internationalen Chinaliteratur besitzt, der stellt mit zunehmender Verwunderung fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung des volkreichsten Staates der Erde sich von der deutschsprachigen Nationalökonomie nahezu unbeachtet vollzieht.

Während die Volksrepublik China auf absehbare Zeit die entscheidende Macht Asiens bleiben wird, vernachlässigt man bei uns die grundlegendsten Untersuchungen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, wie man sie im Falle weit unbedeutenderer Staaten durchführt, und überläßt es wenig qualifizierten Autoren, durch unbeweisbare Prognosen über die ökonomische Machtentwicklung Chinas unsere Öffentlichkeit zu verwirren.

Einer der Gründe für die Lücke im deutschen nationalökonomischen Schrifttum ist darin zu erblicken, daß kaum ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler die sprachlichen Kenntnisse mitbringt, deren sich die Autorin des vorliegenden Werkes nach Kindheit und Studium in der chinesischen Provinz Szechuan zu bedienen vermag und von denen ein vierzig Seiten langes Literaturverzeichnis mit überwiegend chinesischsprachigen Titeln zeugt. Die Fülle des verwendeten Materials und die Untersuchungsergebnisse bestätigen überdies eine Feststellung der Verfasserin, die man gerade hierorts nicht nachdrücklich genug unterstreichen kann, daß nämlich „trotz aller Mängel der chinesischen Presse als Quellengrundlage diese im allgemeinen wertvoller ist als die Be-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

richte fremder Besucher in China", deren „Kontakte gewöhnlich oberflächlich sind und nur die Grenzbezirke einer Gesellschaft berühren, zu deren Deutung ihnen oft die Voraussetzungen fehlen" (S. 30). Ebenso richtig ist es aber auch, wenn die Verfasserin in ihrem Vorwort die Verantwortung für alle Mängel und Lücken in ihrer Untersuchung ablehnt, an denen jene die Schuld tragen, „die, indem sie den Export von Publikationen und die Einreise qualifizierter Beobachter verhindern, das chinesische Volk von den übrigen Mitmenschen abzuschirmen suchen" (S. 9).

Angesichts des intensiven Quellenstudiums der Verfasserin wird es einem außerhalb des Führungskreises der Volksrepublik China stehenden Leser kaum möglich sein, Lücken in Audrey Donnithornes Buch zu finden, die sich mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln ausfüllen ließen. Im Gegensatz zu bereits zahlreichen Untersuchungen über die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft oder einzelner Sektoren aus der Feder anglo-amerikanischer und japanischer Autoren verzichtet Audrey Donnithorne auf die Diskussion der quantitativen Aspekte. Vielmehr stellt sie den institutionellen Rahmen dar, innerhalb dessen sich die wirtschaftliche Entwicklung vollzieht und den zu kennen notwendig ist, um Durchführbarkeit und Erfolgschancen einzelner wirtschaftspolitischer Maßnahmen beurteilen zu können.

Im einzelnen werden in drei Kapiteln der Weg von der Agrarreform über die Kollektivierung zu den Volkskommunen sowie die Aufgaben der Staatsfarmen und Maschinenstationen dargestellt. Ein Kapitel über Wasser- und Energiewirtschaft leitet über zur Diskussion der organisatorischen Merkmale im Bereiche der Industrie, des Bergbaus, des Handwerks und des Verkehrs. Es folgen Binnen- und Außenhandel, der Bereich der öffentlichen Wirtschaft mit einer eingehenden Darstellung der staatlichen Erfassung der Agrarprodukte, das Bank- und Geldwesen und die Preispolitik. Den Abschluß bilden ein Kapitel über die Entwicklung und Einzelheiten des Planungsvorganges sowie ein Kapitel, das die Schlußfolgerungen zieht und in der Feststellung gipfelt, daß die produktiven Kräfte Chinas sich allein schon wegen der wachsenden Bevölkerung und der Ausbreitung der modernen Naturwissenschaften und der Technologie und ungeachtet aller Rückbesinnung auf primitive, überlieferte Techniken wandeln werden. „Denn der Überbau selbst eines marxistischen Staates ist nicht so beschaffen, daß er nicht vom Spiel der produktiven Kräfte geformt würde" (S. 511).

Das ganze Buch der Autorin ist ein überzeugender Beweis für diese Aussage. Zwar kann noch nicht als endgültig angesehen werden, daß Mao Tse-tungs Vorstellungen von der ökonomischen Entwicklung Chinas von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Obwohl die Erfahrungen, die er mit der Kollektivierung, der Bildung der Volkskommunen oder dem „Großen Sprung nach vorn" machte, nicht sehr ermutigend waren, enthielten doch alle diese Maßnahmen einen angesichts der spezifischen chinesischen Situation überzeugenden Kern. Es

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

waren das Außerachtlassen ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und das Mißtrauen gegenüber den Wirtschaftsexperten, die immer wieder den Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung hemmten. Gerade diese Ursachen des chinesischen Dilemmas werden an Hand unzähliger Beispiele in vorliegendem Werk deutlich.

Immer wieder taucht dabei als eines der ernstesten Handicaps für chinesische Wirtschaftsplanung der Mangel an ausreichenden statistischen Informationen auf, der vor allem auf dem Gebiet der Agrarstatistik in einem so großen und noch weitgehend von der Agrarproduktion abhängigen Lande wie China katastrophale Folgen haben kann und auch gehabt hat. Sehr richtig stellt Audrey Donnithorne daher fest, daß, „ehe nicht verläßliche Agrarstatistiken existieren, eine umfassende Planung der Wirtschaft kaum möglich" sei (S. 494).

Wie bedeutsam die Landwirtschaft auch für die Beurteilung innenpolitischer Tendenzen noch ist, hat sich gerade während der Kulturrevolution gezeigt, als nämlich nicht die industriell entwickelten, sondern die agraren Überschuß-Provinzen in der Lage waren, den maoistischen Bestrebungen Widerstand entgegenzusetzen*. Wenn darüber hinaus Audrey Donnithorne nachweist, daß die chinesischen Provinzen die natürlichen Einheiten für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas sind und daher die Zukunft Chinas im wesentlichen bei den Provinzen liegt (S. 504 f.), wird deutlich, wie zurückhaltend wir gerade bei der Beurteilung innenpolitischer Phänomene sein müssen, da uns über die Provinzen noch weniger bekannt ist als über den Gesamtraum und die Entscheidungen der Zentralregierung.

Der Wert von Audrey Donnithornes Buch liegt deshalb auch nicht allein in seinen ökonomisch relevanten Aussagen. Vielmehr bietet die Autorin auf Grund ihrer bewußt interdisziplinären Betrachtungsweise (vgl. S. 7) auch den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen genügend Stoff zu weiteren Erörterungen. So dürfte ihr Katalog der „wichtigsten Kräfte, die das Land zusammenschweißen" (S. 500), in dieser Zusammensetzung von der jungen Wissenschaft der „Sino-Politologie" noch kaum entdeckt worden sein. Es handelt sich dabei neben der Partei, der Armee und den Massenkommunikationsmitteln um den modernen Verkehr und das Nachrichtenwesen, um die nationalen Erziehungs- und Forschungsstätten, um das Bankensystem, um großräumige Energienetze und Flußregulierungskommissionen, um nationale Handelsinstitutionen, um nationale Wirtschaftskonferenzen und um die angeordnete Mobilität der Arbeitskräfte. Gerade der Nationalökonom mit seinen Urteilen über Arbeitsweise und Funktionsfähigkeit dieser Teilbereiche der chinesischen Wirtschaft wird damit zu einem unersetzbaren Mitarbeiter des Politologen, der die politische Zukunft Chinas beurteilen will. Für den Politologen dürfte es sich auch lohnen, einmal Audrey Donnithornes These und deren Folgen zu prüfen, daß es ne-

* Vgl. dazu P. H. M. *Jones:* Red But Hungry. Far Eastern Economic Review. 9. Sept. 1967. S. 545.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben der Volksbefreiungsarmee einzig die Volksbank sei, die alle Bereiche der Wirtschaft durchdringt und eng mit der Armee zusammenarbeitet, um das Land ökonomisch zu kontrollieren.

Viele Fehlschlüsse über das heutige Geschehen in China sind darauf zurückzuführen, daß dem oft durch akute Bedürfnisse unserer Publikationsorgane unerwartet zum China-Experten gewordenen Berichterstatter die notwendigen historischen und kulturellen Kenntnisse abgehen, ohne die auch manch eine Erscheinung aus der Volksrepublik nicht eingeordnet und gedeutet werden kann. Auch in dieser Hinsicht ist das vorliegende Werk beispielhaft. Die Besiedlung von Grenzgebieten durch Soldaten und Zivilisten (S. 111) wurde nicht erst durch den chinesisch-sowjetischen Konflikt erzwungen, sondern zieht sich durch die gesamte uns überlieferte Geschichte Chinas ebenso hin wie das Schwergewicht, das die Zentralregierung auf die Wasserwirtschaft (S. 130) und ein leistungsfähiges Verkehrsnetz (S. 251) legt. Und Getreideimporte zur Versorgung der Küstenstädte (S. 319) oder der Drang, den Agrarüberschuß für die politischen Ziele des Staates zu verwenden (S. 337), sind ebenfalls keine Erfindungen einer kommunistischen Regierung. Auch sie müssen im Lichte der historischen Entwicklung beurteilt werden.

Das so detaillierte Werk Audrey Donnithornes, das im Anhang noch kurze Erörterungen über die Überweisungen der Überseechinesen und über das chinesische Versicherungswesen sowie einen Überblick über die führenden Wirtschaftsbehörden seit 1949 enthält, muß zu den besten der bisherigen China-Literatur gerechnet werden. Man wird es immer zur Hand haben müssen, um manch eine der trotz aller statistischen Lücken sehr beliebten quantitativen Untersuchungen zur chinesischen Wirtschaft auf den Boden der Tatsachen zurückzuführen.

Bernhard Großmann, Hamburg

Peter von Blanckenburg, Hans-Diedrich Cremer (Hrsg.): Handbuch der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern. Band 1: Die Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Entwicklung. Ernährungsverhältnisse. Stuttgart 1967. Eugen Ulmer. XXIV, 606 S.

Mit dem auf zwei Bände angelegten Handbuch (Band 2: Pflanzliche und tierische Produktion in den Tropen und Subtropen) wird den mit Fragen der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern Befaßten ein Werk in die Hände gegeben, das erstmalig in deutscher Sprache eine zusammenfassende Darstellung dieses Fragenkreises bietet. Über 60 Fachleute aus vielen Ländern sind an dem Werk mit Beiträgen beteiligt.

In dem bisher erschienenen 1. Band — der 2. Band soll 1969 herauskommen — sind Beiträge von 23 Wissenschaftlern zusammengestellt. Hier sind die entwicklungspolitischen Gesichtspunkte besonders betont, während im 2. Band Fragen der Erzeugung im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Herausgeber haben sich drei Aufgaben gestellt, die mit dem Handbuch erfüllt werden sollen: Es soll mit der Lage und den Aufgaben im Bereich der Landwirtschaft und Ernährung in den Entwicklungsländern vertraut machen; es soll Rüstzeug zur Beurteilung der Gegebenheiten bereitstellen; es soll schließlich Ansätze und Möglichkeiten der Einwirkung aufzeigen.

Angesichts der so umrissenen breiten Anlage des Werkes und der gewaltigen Stoffesfülle liegt die Hauptschwierigkeit für die Herausgeber in der Wahl der zu behandelnden Fragen. Hierin liegt aber auch ihre eigentliche Aufgabe, hinter der sich die gewiß ebenfalls nicht einfachen Aufgaben der Betrauung geeigneter Mitarbeiter mit den verschiedenen Abschnitten und der handbuchmäßigen Bearbeitung der von diesen gelieferten Beiträge fast harmlos ausnehmen.

Man kann wohl sagen, daß die Herausgeber diesen Aufgaben gerecht geworden sind. An einigen Stellen festzustellende Mängel wiegen gering gegenüber dem Gelingen im ganzen.

Hier wird auf einem in stürmischer Entwicklung befindlichen Gebiet, auf einem Gebiet, das von sehr ernst zu nehmender Bedeutung für den Gang der Weltgeschicke ist, ein Werk vorgelegt, in dem wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen der Landwirtschaft und Ernährung vom Standpunkt der Wissenschaft behandelt werden. Die gestaltende Hand der Herausgeber sorgte dafür, daß Überschneidungen und Widersprüche weitgehend vermieden worden sind, daß bei aller Vielstimmigkeit und Farbigkeit der Einzeldarstellungen eine beachtenswerte Geschlossenheit der Gesamtgestalt des Werkes erreicht wurde.

Von wie vielen Seiten aus die Fragen betrachtet werden können, das macht schon die große Zahl der Mitarbeiter und der Fachgebiete, die sie vertreten, deutlich. Wie sehr die Lösung dieser Fragen das Ergebnis des Zusammenwirkens der Anstrengungen aus aller Welt sein wird, darauf mag die Zahl der Mitarbeiter aus dem Ausland ein Licht werfen.

Pflanz gibt dem Ernährungsberater folgende Worte mit auf den Weg. Er sagt (S. 593): „Er muß nicht nur Kenntnisse in Ernährungswissenschaften besitzen, sondern auch ein fähiger Pädagoge und Gruppenleiter, ein verständnisvoller Freund der Bevölkerung und ein Kenner der fremden Kultur sein. Außerdem benötigt er ein überdurchschnittliches Taktgefühl und — nicht zu vergessen — eine gehörige Portion Glück." Es mögen diese Worte am Schluß des ersten Bandes, verallgemeinert verstanden, als Rat und Mahnung über dem Beginnen vieler stehen.

Der erste Band ist in sieben große Abschnitte gegliedert:

1. Für den Abschnitt *Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittelversorgung und wirtschaftliche Entwicklung* tragen Wilhelm *Kraus* und Hans-Diedrich *Cremer* die Verantwortung. Sie gehen darin auf die gegenwärtige Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln, auf Fragen des Bevölkerungswachstums und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie auf Aufgaben der Entwicklungspolitik ein.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Der Abschnitt *Gesellschaftliche Strukturen und Agrarverfassungen* ist in die soziale Ausgangssituation in den Entwicklungsländern von Richard F. *Behrendt* und Martin *Pallmann* und in Agrarverfassungen von Karlernst *Ringer* aufgeteilt. Behrendt und Pallmann untersuchen darin vordynamische Gesellschaftsstrukturen, die Dynamisierung des Landlebens, gesellschaftliche Strukturwandlungen und soziale Probleme der Entwicklungsförderung in Agrargebieten. Ringer geht auf die Agrarverfassung als soziale und wirtschaftliche Institution, auf Grundlinien der Entwicklung von Agrarverfassungen, Tatsachen und Probleme bei Agrarverfassungen nach Regionen und nach wirtschaftlichen Merkmalen ein.

3. Der Abschnitt *Produktionsökonomik* ist dreigegliedert. Eric *Clayton* untersucht Grundlagen der bäuerlichen Betriebsorganisation, Hans *Ruthenberg* Organisationsformen der Bodennutzung und Viehhaltung in den Tropen und Subtropen, dargestellt an ausgewählten Beispielen. Walter *Schaefer-Kehnert* befaßt sich schließlich mit dem Einsatz technischer Hilfsmittel.

4. Der Abschnitt *Markt- und Kreditwesen* ist vierfach aufgegliedert. Keith *Abercombie* schreibt über die Landwirtschaft im Wandel von der Subsistenz- zur Marktwirtschaft. Er geht dabei auf den Umfang der Subsistenzproduktion in den Entwicklungsländern und die Stadien im Übergang zur Marktwirtschaft ein. Ferner befaßt er sich mit Merkmalen von überwiegend für den eigenen Bedarf produzierenden Gruppen, mit der Notwendigkeit und den Maßnahmen zur Steigerung der Marktproduktion sowie mit der Notwendigkeit zur Verbesserung der Subsistenzproduktion.

Aus Hans-Joachim *Mittendorfs* Feder stammen die Ausführungen über die Vermarktung von Agrarprodukten auf den Binnenmärkten. Er stellt kurz die Bedeutung der Vermarktung für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung fest und beschäftigt sich dann mit der Kennzeichnung der gegenwärtigen Lage auf diesem Gebiet sowie mit Maßnahmen zur Verbesserung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf den Binnenmärkten.

John M. *Clark* schließt sich daran mit Ausführungen über den Handel mit Agrarprodukten auf dem Weltmarkt an. Nach Beschäftigung mit Besonderheiten der Angebots- und Nachfragestruktur zeigt er Entwicklungslinien am Weltmarkt auf und geht schließlich auf die Möglichkeiten von internationalen Abkommen zur Verbesserung der Marktsituation ein.

Paul Kohn befaßt sich zum Schluß dieses Abschnittes mit dem Agrarkreditwesen.

5. Auch der Abschnitt *Struktur- und Leistungsverbesserung in der Landwirtschaft* ist vierfach gegliedert.

Zunächst stellt Frithjof *Kuhnen* den Fragenkreis der Agrarreformen dar. Er geht dabei auf Mängel der Agrar- und Gesellschaftsverfassung als Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung ein und bringt Definitionen, Motive und Ziele der Agrarreform. Ausführlich dargestellt

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden Maßnahmen und Auswirkungen der Agrarreform. Schließlich geht er noch auf die Agrarreform im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung ein und gibt vier Beispiele für verschiedene Arten von Agrarreformen.

Peter *von Blanckenburg* und Hans-Dieter *Drechsler* schreiben über das Siedlungswesen. Dabei heben sie auf die Bedeutung der Siedlung in der landwirtschaftlichen Entwicklung und auf Grundsätze der Siedlungsplanung ab.

Otto *Schiller* befaßt sich mit der Kooperation in der Landwirtschaft. Er geht dabei kurz auf traditionelle Formen der Kooperation ohne genossenschaftlichen Status ein, um sich dann ausführlich mit genossenschaftlichen Formen der Kooperation zu befassen. Schließlich untersucht er noch das Verhältnis der Genossenschaften zum Staat und zur Gesellschaft und fügt noch einige Ausführungen über moderne Formen der Kooperation ohne genossenschaftlichen Status an.

Peter *von Blanckenburg* schließt diesen Abschnitt mit Ausführungen über die Aktivierung der bäuerlichen Landwirtschaft ab. Nach einer einführenden Darlegung der Notwendigkeit der Entwicklung des bäuerlichen Sektors und von Gründen der fehlenden Dynamik untersucht er Ansatzpunkte der Aktivierung. Er leitet dann methodische Prinzipien der Aktivierung ab und entwickelt ein Instrumentarium der Aktivierung.

6. Der Abschnitt *Entwicklungsplanung* ist ebenfalls vierfach gegliedert.

Edward *Szcepanik* stellt Grundlagen der Agrarplanung dar. Er geht dazu kurz auf die Grundlagenforschung zur Bestimmung von Planrichtlinien und Planzielen ein und befaßt sich dann ausführlich mit der Erarbeitung von Entwicklungsvorschlägen, von Investitionsplänen und -projekten.

Dirk B. W. M. *van Dusseldorp* schreibt über die Durchführung der Agrarplanung und Walter *Schaefer-Kehnert* über die Kriterien der wirtschaftlichen Beurteilung landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte. Dieser Abschnitt wird abgeschlossen mit den Ausführungen von Wolfram *Ruhenstroth-Bauer* über die landwirtschaftliche Entwicklungspolitik der Bundesregierung.

7. Auch der letzte Abschnitt *Die Ernährung der Bevölkerung* ist vierfach gegliedert.

Hans-Diedrich *Cremer* schreibt über Ernährungsverhältnisse und Ernährungszustand. Er geht dabei von den Grundzügen der Ernährung des Gesunden aus. Frank W. *Lowenstein* geht im Anschluß daran auf Krankheiten durch Mangelernährung ein. Hans *von der Decken* und Günter *Lorenzl* befassen sich mit Nahrungsbilanzen. Manfred *Pflanz* schreibt schließlich über Ernährungssitten und Ernährungsberatung.

Allen Beiträgen sind ausgewählte Hinweise auf weiterführendes Schrifttum beigegeben. Ein Namens- und Sachverzeichnis am Schluß des Bandes leistet wertvolle Dienste.

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Erwähnt sei noch der hohe Preis von DM 90,— für den Einzelband (Subskriptionspreis bei Abnahme beider Bände je DM 82,—), der viele aus dem großen Kreis der von einem solchen Buch angesprochenen Leser vom Kauf abschrecken oder ihnen doch ein großes Opfer abverlangen wird. Daß gerade ein solches grundlegendes Werk in den Besitz von weniger Menschen kommt, als es bei niedrigerem Preis möglich wäre, erscheint bedauerlich.

Jürgen Bosch, Berlin

Karl Heinz Pfeffer: Pakistan — Modell eines Entwicklungslandes. Opladen 1967. C. W. Leske. 161 S.

Frithjof Kuhnen: Landwirtschaft und anfängliche Industrialisierung: West Pakistan. Sozialökonomische Untersuchung in fünf pakistanischen Dörfern. Opladen 1968. C. W. Leske. 194 S.

Um Fehlentscheidungen und Rückschläge der internationalen Entwicklungsförderung zu vermeiden, wäre es wünschenswert, wenn für jedes Land, dem Hilfe gewährt wird, auch eine fundierte Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorliegen würde.

In der Arbeit von *Pfeffer* werden die Sozialschichtungen, die gesellschaftlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, die Entwicklungspolitik des Staates und deren Hemmnisse ausführlich beschrieben. Insgesamt wird hierbei ein anschauliches Bild entwickelt, wenngleich die wirtschaftliche Seite — im Gegensatz zur soziologischen, die das Hauptanliegen des Verfassers ist —, als unvollkommen bezeichnet werden muß.

Es handelt sich bei dieser Studie keineswegs um ein Modell — wie der Titel angibt—, das auf andere Länder übertragen werden kann, sondern um ein ganz konkretes Beispiel. Weshalb der Verfasser eingangs so große Schwierigkeiten hat, Pakistan als Entwicklungsland zu kennzeichnen, ist aufgrund der inzwischen umfangreichen Literatur über die internationale Entwicklungsförderung, die allerdings nicht herangezogen wurde, unverständlich.

Die anschließende soziologische Beschreibung ist dagegen sehr aufschlußreich. Dies gilt insbesondere für die Analysen der Kasten, Stände (Rang) und Klassen, der Oberschicht, Stadt- und Dorfbevölkerung, der Familie und Sprachgruppen, des Arbeitslebens, Schul- und Rechtssystems, der Administration und Machtverteilung, des regionalen, politischen und religiösen Einflusses. Interessant ist hierbei der Vermerk, daß weniger der Islam als die „islamische Tradition" den Fortschritt hemmt (S. 94). — Eigenartigerweise wird das Sep-System, d. h. die Arbeitsteilung zwischen den grundbesitzenden Landwirten und den grundbesitzlosen Handwerkern und das daraus herrührende halbfeudalistische Abhängigkeitsverhältnis, nicht beschrieben.

Kritisch ist noch folgendes zu bemerken: Ob die Unterscheidung zwischen muslimisch und islamisch angebracht ist (S. 91 ff.), kann bezweifelt werden. Bezeichnet sich Pakistan doch selbst als „islamische Re-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

publik" und nicht als muslimische, obgleich dort auch Hindus, Christen, Juden und — zumindest in der Oberschicht — zahlreiche Menschen leben, die sich keinem Glauben verbunden fühlen. — Das als Kafiristan (Land der Heiden) im Osten Afghanistans bezeichnete Gebiet (S. 39) heißt heute Nuristan (Land des Lichtes), nachdem die ungläubigen Kafiren zum Ende des 19. Jahrhunderts von Afghanistan erobert und islamisiert wurden. — Die auf S. 109 erwähnte Spannungsursache zwischen Pakistan und Afghanistan geht an dem eigentlichen Konflikt vorbei, nämlich der afghanisch-pashtunischen Forderung nach einem unabhängigen Pashtunistan — entsprechend dem Siedlungsraum der Pashtunen —, welches einen großen Teil von Pakistan umfassen würde.

Das Buch schließt mit einem Personen- und Literaturverzeichnis (überwiegend pakistanische Quellen) und Karten von West- und Ostpakistan, in welchen man allerdings nicht alle erwähnten Orte angegeben findet.

Die Studie von *Kuhnen* wertet den empirischen Befund einer sozialökonomischen Untersuchung in fünf unterschiedlich strukturierten pakistanischen Dörfern aus und zeigt die Vielfältigkeit der Entwicklung in den Untersuchungsdörfern. Verf. analysiert den Prozeß der beginnenden Industrialisierung auf dem Lande und deren Auswirkung auf die Dörfer und Dorfbewohner. Hierbei sind die Arbeitsweise und das methodische Vorgehen, das allerdings nicht so originell ist, wie der Verf. glaubt (ähnliche Methoden wurden z. B. bei Untersuchungen für die Regionalentwicklung in Afghanistan von der deutschen Wirtschaftsberatungsgruppe entwickelt), von besonderem Interesse. Beides kann in zahlreichen anderen Entwicklungsländern und bei verschiedenen Entwicklungsfragen erfolgversprechend genutzt werden, so daß diese Studie durchaus auch Modellcharakter besitzt.

Obgleich die ausgewählten Dörfer, die im größeren Umkreis von Lahore liegen (eine beigefügte Karte würde das schwierige Auffinden erleichtern), nicht unbedingt repräsentativ für Westpakistan sind, kommen die beschriebenen Zustände in Pakistan und den Nachbarländern recht häufig vor. Zwei der Untersuchungsdörfer liegen am Rand von Industriezentren bzw. beherbergen Kleinindustrien, die restlichen Dörfer sind noch überwiegend landwirtschaftlich, die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Abwanderung sind jeweils verschieden.

Verf. beschreibt zunächst die sozialen Gruppen und Zustände in diesen Dörfern. Die ausführliche Darstellung des Sep-Systems, d. h. die halbfeudalen Arbeitsbeziehungen zwischen Grundbesitzern und Dienstleistungsberufen, ist hierbei von besonderem Interesse. — Bei dem pakistanischen Sep-System, das in ähnlicher Weise auch in anderen orientalischen Ländern anzutreffen ist bzw. war, handelt es sich einmal um ein Lohnsystem (Pauschalvergütung der Handwerker unabhängig von der erbrachten Leistung), insbesondere aber um eine Organisationsform einer Produktionsgemeinschaft, wobei die Handwerker weitgehend von den Landwirten abhängig sind. — Am Rande sei

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erwähnt, daß die Angaben über die städtische Bevölkerung und den Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen fehlerhaft sind (S. 30).

Im 2. Kapitel wird ein sozialökonomisches Zustandsbild der unterschiedlich strukturierten Dörfer aufgezeigt (S. 40 ff.). Hierbei analysiert der Verfasser die demographischen Grunddaten, Erwerbsstruktur, Besitzverhältnisse, landwirtschaftliche Bodennutzung, Anbaumethoden und Viehhaltung, Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, Konsumgewohnheiten, Einkommen und Verschuldung verschiedener Gruppen und Berufe. In zwei Dörfern wurden außerdem die Motivation und der Prozeß des Berufswandels untersucht.

Von dieser ausführlichen Analyse werden die wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen im Zuge der beginnenden Industrialisierung abgeleitet. Ausgehend von der Subsistenzlandwirtschaft, bei der Sicherung des Überlebens oberstes Gebot jeglichen Tuns und Handelns, das Profitstreben dagegen systemfremd ist (S. 157), wird gezeigt, daß der pakistanische Bauer (das gleiche gilt in ähnlicher Weise auch für die Nachbarländer) im Rahmen der ihm gegebenen Technologie sich durchaus rational verhält (S. 160). — Weiterhin wird festgestellt, daß der Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen wesentlich niedriger ist, als man gemeinhin in Entwicklungsländern annimmt (bei den untersuchten Dörfern etwa die Hälfte aller männlichen Erwerbstätigen, S. 163).

Anhand der gewonnenen Untersuchungsergebnisse weist der Verf. darauf hin, daß die subjektive Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in dem Dorf — besonders bei jungen Leuten — der Anlaß ist, dorffremde Berufstätigkeiten aufzunehmen. Die soziale Konkurrenz im eigenen Dorf sei hierfür ein mächtiger Stimulator (S. 165). Das Ziel dieses Aufbruchs sei sowohl eine wirtschaftliche Besserung als auch eine größere Unabhängigkeit. Eine Schlüsselstellung für den Beginn dieser die Kastentradition durchbrechenden beruflichen Veränderungen habe die jeweils führende Kaste (Schicht) im Dorf inne. Solange kein massiver ökonomischer Zwang zum Berufswechsel bei einzelnen Angehörigen dieser Kaste vorliege, hätten auch die Angehörigen niedrigerer Kasten nur geringe Chancen (S. 170). Diese soziologische Beschreibung der ersten Schritte in die Industrialisierung sind sehr aufschlußreich.

Der Hinweis des Verfassers (S. 174), daß in den asiatischen Dörfern nicht eine allgemeine gleiche Armut herrsche, sondern daß sowohl regionale als auch personelle Einkommensunterschiede bestehen, ist richtig beobachtet. Doch wer behauptet, daß es trotz der allgemeinen Armut keine Differenzierungen gebe? Hier werden offene Türen eingerannt. Ebenso richtig ist die Feststellung, daß in den Dörfern Kapital vorhanden ist, das zur wirtschaftlichen Entwicklung genutzt werden kann. Der begrenzte Faktor sei hier häufig nicht das Kapital, sondern fehlende Kenntnisse über sinnvolle Investitionen oder mangelndes Angebot (?) an Investitionsgütern (S. 176). — Entscheidend scheint mir — neben dem notwendigen Unternehmensgeist und der Investitionsbereitschaft

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

— auch die ungenügende Mobilität des potentiell vorhandenen Kapitals aufgrund eines fehlenden organisierten Marktes zu sein.

Die Studie schließt mit einem Katalog von Fragen für weitere Forschungsarbeiten und einem Literaturverzeichnis.

Aus dieser Untersuchung ergeben sich eine Reihe interessanter Folgerungen bzw. Bestätigungen, die bei einer weiteren Entwicklungsförderung berücksichtigt werden sollten. Es ist zu wünschen, daß zahlreiche „Entwicklungshelfer" dieses praktische Brevier zu nutzen wissen.

Hanjo Lell, z. Zt. Washington

Ulrich Ammann: Der Schutz ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern aus völkerrechtlicher, volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht. Zürich 1967. Polygraphischer Verlag. 189 S.

Günter Wiedensohler: Der Schutz deutscher Privatinvestitionen in Marokko. Hamburg 1967. Verlag Weltarchiv. 91 S.

Verschiedene Vorfälle der letzten Zeit haben die dauernde Aktualität des Themas erneut bestätigt. Aus dem weiten Problemkreis des Investitionsschutzes konzentriert sich Ulrich *Ammann* im ersten Hauptteil seiner Arbeit auf zwei Aspekte: die völkerrechtliche Zulässigkeit der Enteignung und Konfiskation ausländischen Privateigentums und die Kriterien zur Ermittlung einer angemessenen Entschädigung.

Unter der Voraussetzung einer in jeder Weise angemessenen Entschädigungsleistung ist das Recht zu staatlichen Eingriffen in das Eigentum von Ausländern im Völkerrecht weitgehend anerkannt. Der Verfasser macht deutlich, daß das Verbot der Diskriminierung von Ausländern und die Einhaltung von Formvorschriften eines rechtsstaatlichen Verfahrens als wichtige Elemente eines Mindeststandards hinsichtlich staatlicher Eigentumsentziehung angesehen werden. Einschränkend wird vermerkt, daß die Einhaltung dieses Mindeststandards in der Praxis der Entwicklungsländer bislang nicht immer voll gesichert werden kann. Eine Betrachtung über die völkerrechtliche Zulässigkeit der Konfiskation kommt zu dem Schluß, daß eine grundsätzliche Entschädigungspflicht des ausländische Vermögenswerte einziehenden Staates heute völkerrechtlich auch dann anerkannt ist, wenn gegenüber Inländern eine entschädigungslose Konfiskation möglich ist.

Diese Tatsachen sind für den Verfasser der Grund, in dem Ausmaß und in den Modalitäten der Entschädigungsleistung die zentrale Frage der Investitionsschutz-Problematik zu sehen, die er — zu Recht — vor allem unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten untersucht. Die vergleichende Betrachtung der verschiedenen betriebswirtschaftlichen Verfahren der Unternehmensbewertung kommt zu dem Ergebnis, daß der Marktwert, der Leistungswert, der Ertragswert und der Liquidationssubstanzwert als Grundlage der Entschädigungsfestsetzung ungeeignet sind. Nur der auf der Basis der ursprünglichen Beschaffungs-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kosten und unter Berücksichtigung von Geldwertänderungen errechnete Substanzwert wird dem Gesichtspunkt gerecht, daß der für eine völkerrechtlich zulässige Enteignung zu entschädigende Ausländer nur Anspruch auf einfachen Schadenersatz besitzt, nicht aber einen Anspruch auf Entschädigung für entgangenen Gewinn.

Die im Buchtitel angekündigte volkswirtschaftliche Betrachtung beschränkt sich auf die Feststellung, daß die Berücksichtigung des volkswirtschaftlichen Beitrages des ausländischen Investors bei der Bemessung der Entschädigung zwar wünschenswert, in der Praxis aber kaum durchzusetzen sei.

Der zweite Hauptteil des Buches beschreibt die bisherigen Projekte zur Verbesserung des Schutzes ausländischer Privatinvestitionen: die Schaffung einer multilateralen Investitionsschutzgarantie und eines multilateralen Investitionsschutzabkommens sowie den Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Dieser Teil der Arbeit bietet einen umfassenden Überblick und kritische Würdigung der verschiedenen erwogenen und schon beschrittenen Wege. Der Verfasser billigt insbesondere der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Verbindung mit der Weltbank gute Chancen zu, zu einer Festigung der materiellen Verhaltensnormen hinsichtlich des Schutzes ausländischer Privatinvestitionen in Entwicklungsländern beizutragen.

Durch Konzentration auf einige wesentliche Bereiche bietet die Arbeit von Ulrich Ammann mehr und zugleich weniger, als der sehr umfassende Titel des Buches verspricht.

Im Gegensatz zu Ulrich Ammann wendet sich Günter *Wiedensohler* weniger an den wissenschaftlich interessierten Leser, sondern an den deutschen Unternehmer, der die nichtgeschäftlichen Anlagenrisiken in einem bestimmten Land, in diesem Falle Marokko, abzuwägen hat. Der Verfasser setzt mit diesem Buch eine Reihe fort, die er mit gleichartigen Schriften über Libyen und Tunesien begonnen hat.

Der Verfasser geht davon aus, daß die nichtgeschäftlichen Anlagenrisiken in starkem Maße von der innenpolitischen Situation und den Grundzügen der staatlichen Wirtschaftspolitik bestimmt werden. Aus diesem Grunde widmet er diesen Aspekten die ersten beiden Abschnitte seiner Schrift. Er weist auf die wichtigsten der in der Vergangenheit erfolgten staatlichen Eingriffe in das private Auslandsvermögen hin, die Nationalisierung wichtiger Bereiche des Exporthandels und die Enteignung europäischer Siedler, die ihr Land durch das französische Protektorat unentgeltlich zugeteilt erhalten hatten. In Anbetracht der Bedeutung dieser Eingriffe wäre es interessant, mehr über ihre Durchführung sowie die Ermittlung und Abwicklung der gezahlten Entschädigung zu erfahren. Im dritten Abschnitt beschreibt der Verfasser die Rechtslage, die sich für den deutschen Investor aus dem deutsch-marokkanischen Kapitalschutz-Abkommen und den marokkanischen Gesetzen ergibt. Zusätzlich zu den Darlegungen in diesem Abschnitt ist das Abkommen im Anhang des Buches vollständig wiedergegeben. Die Darstellung der innerstaatlichen Rechtsquellen und Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fahren erscheint demgegenüber etwas knapp. Das gilt vor allem für das Investitionsgesetz von 1961 sowie für die Tätigkeit der Investitions-Kommission, die über die Genehmigung einer Kapitalanlage und damit über die Anwendbarkeit des Schutz-Abkommens sowie verschiedener marokkanischer Verordnungen entscheidet.

Die Schrift bietet einen guten Überblick über die Investitionsschutz-Probleme in Marokko. Sie erspart es dem potentiellen Investor aber nicht, zu Detailfragen auf weitere Quellen zurückzugreifen.

Arend Hübener, Berlin

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesverkehrsministerium (Hrsg.): Containerverkehr. Hof/Saale 1968. Hoermann-Verlag. 165 S.

Der vorliegende Band enthält zwei Gutachten, die von den Gruppen „Verkehrswirtschaft" und „Verkehrstechnik" des Beirats unter den Titeln „Interkontinentaler Containerverkehr" und „Der kombinierte und Groß-Containerverkehr" in den Jahren 1966 bis 1968 erstattet wurden. Dementsprechend werden sowohl ökonomische als auch technische Methoden und Probleme des Containerverkehrs behandelt. Erfaßt wurden See- und Luftverkehr einschließlich ihrer Hinterland- und See- bzw. Lufthafenbeziehungen.

Im einzelnen werden im ersten Gutachten die Entwicklungsperspektiven des Containerverkehrs über See und in der Luft (samt einer Prognose der voraussichtlichen Aufteilung zwischen beiden Verkehrsträgern), die Folgerungen für die Verkehrsträger (Häfen, Binnenwege) und die verkehrspolitischen Folgerungen untersucht. Das zweite enthält überwiegend als Ergänzung zu früheren Arbeiten der Gruppe eine umfassende Übersicht über die technischen Grundlagen des Containerverkehrs, ferner eine listenmäßige Zusammenstellung relevanter Begriffe, die ebenfalls als für den wirtschaftswissenschaftlichen Verkehrspolitiker recht nützlich bezeichnet werden darf.

Den Ausgangspunkt des hier im Vordergrund stehenden ersten Teils bildet der Versuch, den voraussichtlichen Umfang der neuen Verkehrsart zu schätzen. Hierzu werden die Ergebnisse getrennt angestellter Berechnungen mitgeteilt, die auf dem Umschlagsvolumen der deutschen und der Rheinmündungshäfen in 1965 basieren. Sie gruppieren die Güter nach vier Kategorien von sehr gut containerisierbaren bis zu gerade noch dafür geeigneten. Daraus wird eine Projektionsgabel bis 1980 ermittelt. Wegen des bestimmenden Einflusses auf Gesamtumfang und Aufteilung See/Luft ("modal split") des Containerverkehrs werden ferner die Kostenstrukturen ausführlich behandelt.

Die qualitativen Aussagen enthalten etwa folgendes: Im Projektionszeitraum werden nicht alle Relationen und auf den containerisierten weniger als das hypothetische Maximum an Ladung umgestellt. Der Hauptanteil verbleibt bei der Seeschiffahrt. Containerverkehr bedeutet den Übergang zu einer anlageintensiven Transportart mit hohem Fixkostenanteil; allerdings können, insbesondere in zeitlicher Perspek-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tive wegen der Lohnkostenentwicklung in den Häfen, die Kosten je Leistungseinheit bei einigermaßen guter Kapazitätsausnützung gesenkt werden. Trotz hoher Hafeninvestitionen können auch die spezifischen Hafenkapitalkosten je t Umschlag sinken. Für die zeitliche Entwicklung wird eine anfängliche Selbstbeschleunigung vorausgesagt, die nach einiger Zeit abebbt. Grund ist die notwendige Verbesserung der Auslastung. Die größten Vorteile werden auf langen Seestrecken gesehen; man kann von einer Wegabhängigkeit der Vorteile des Containerverkehrs sprechen.

Bei dem schnellen Fortschreiten des Containerverkehrs können die Darlegungen in Einzelheiten bereits relativ schnell überholt sein. Bislang scheint aber die tatsächliche Entwicklung die Ausführungen des Beirats, die auf den Erfahrungswerten der Beteiligten beruhen, im wesentlichen zu bestätigen. Immerhin zeigt sich, daß gegenwärtig eine Tendenz besteht, aus Auslastungsgründen nur solche Güter von der Containerverladung auszuschließen, die überhaupt nicht dafür geeignet sind, und alles andere „zwangsweise" zu containerisieren. Der erwähnte Prozeß der Selbstbeschleunigung ist offenbar bereits in Gang gekommen, worauf auch die rasche Umstellung verschiedenster Relationen, die aus den Containerschiff-Aufträgen ersichtlich ist, hindeutet. In dieser Hinsicht war der Beirat bei seiner Gruppierung — wie überhaupt seinen Vorausschätzungen — zurückhaltender.

Insgesamt bietet der Band dem Interessierten ökonomisch wie technisch eine Vielfalt von Aspekten des Containertransports.

Hans Böhme, Göttingen

Jens Karsten: Kosten und Preise in der Trampschiffahrt. Göttingen 1968. Vandenhoeck & Ruprecht. 120 S.

Die Preisbildung auf dem Teil der Weltseeverkehrsmärkte, der nicht der Tarifpolitik der Linienkonferenzen unterliegt und nicht zur Werks- oder Spezialschiffahrt gehört, ist Gegenstand dieser Studie. Es handelt sich um eine spezielle Arbeit zur Betriebsökonomik der Trampschiffahrt, die sich auf eine theoretische Durchdringung und Präzisierung auf partialanalytischer Grundlage richtet. Der Verfasser, der auch beruflich eng mit der Seewirtschaft verbunden ist, hat die Ratengestaltung und ihre Determinanten auf den Märkten der Charterfahrt (als die man die „Trampschiffahrt" des Titels nach der Betriebsform bezeichnen kann) untersucht.

Karsten bemüht sich vor allem um den Nachweis, daß die Ratenbildung auf den Chartermärkten, bei der Reise- und Zeitcharter zu unterscheiden sind, eine Funktion der Kosten der Erstellung von Transportleistungen sei. Er sieht in ihr also eine angebotsorientierte Preisbildung. Das gilt insbesondere auch im Hinblick auf die Struktur der Einzelraten und ihre Veränderungen im Zeitablauf.

Im äußeren Aufbau ähnelt die Arbeit früheren Studien zu diesem Thema. Nach einer begrifflichen Einführung und Abgrenzung werden

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zunächst die Kosten der Leistungserstellung, sodann die Preisbildung und schließlich die Interdependenz zwischen Kosten und Preisen behandelt. In der Durchführung, die recht genaue Tatsachenkenntnisse des Verfassers verrät, kommt aber nicht nur eine empirische Darstellung, sondern vor allem auch moderne wirtschaftstheoretische Analyse zum Zuge.

Die Untersuchung geht namentlich bei der Darstellung der Kostenstrukturen sehr sorgfältig vor. Sie bedient sich auch einiger graphischer Darstellungen und ermittelt (wie andere Autoren, aber inhaltlich z. T. gegen diese) Kostenfunktionen von Trampschiffen, zu denen teilweise auch empirische Werte geliefert werden. Besonderes Interesse kann dabei die Analyse der Frage beanspruchen, ob sich ein kostenoptimales Schiff für jede Transportentfernung ermitteln läßt oder ob das größte auch stets das kostengünstigste Schiff ist, sofern nicht „Randbedingungen" in Gestalt z. B. der Tiefgangsbeschränkungen bestimmter Häfen dem entgegenstehen. Hier wird gezeigt, daß die Hafenkosten entscheidende Bedeutung haben.

Mit seinen Ergebnissen wendet sich der Verfasser verschiedentlich gegen zum Teil seit langem in der Fachliteratur vertretene Auffassungen. Sein Nachweis der alleinigen Kostenabhängigkeit der Ratenbildung beruht dabei im wesentlichen auf der hier nicht nachprüfbaren These, daß die Nachfrage nach Transportleistungen der Charterfahrt nahezu vollständig preis(raten)unelastisch sei (S. 84). Diese Aussage steht der üblichen Ansicht gegenüber, daß in der Ratenstruktur auch die Elastizität der Nachfrage und der Ladungswert zum Ausdruck komme. Offenbar setzt sie eine Unterscheidung zwischen der Nachfrage nach Leistungen der Linien- und der Charterfahrt voraus, denn die Ratenbildung der ersten differenziert bekanntlich nach dem Grundsatz „what the traffic will bear". Interessanterweise schreibt Karsten extreme Ratenbewegungen überwiegend externen, d. h. politischen Einflüssen zu. In der Vielfalt der empirisch gegebenen Raten sieht er jedoch eindeutig die spezifischen Kostenbedingungen des Seetransports gespiegelt.

Im ganzen handelt es sich um eine theoretisch und empirisch sachverständige, sorgfältige Untersuchung, die wichtige Zusammenhänge der Preisbildung in der Trampfahrt erhellt und sich dabei ausführlich mit der vorliegenden Literatur auseinandersetzt, um vor allem globale Aussagen über „den Trampmarkt" durch vielschichtigere Analysen zu ersetzen und zu korrigieren. — Abschließend noch eine Berichtigung: Auf S. 18 hat sich ein sinnentstellender Satzfehler eingeschlichen; statt „Bruttoertragsfähigkeit" muß es „Bruttotragfähigkeit (deadweight all told)" heißen.

Hans Böhme, Göttingen

Erich Egner: Entwicklungsphasen der Hauswirtschaft. Göttingen 1964. Otto Schwartz & Co. 120 S.

Die Schrift, die aus zwei Vorträgen des Autors hervorgegangen ist, soll in Kreisen der Volkswirte und „bei allen denen, die auf bren-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nende Fragen der Gegenwart ansprechbar sind, ein stärkeres Interesse an Fragen der Hauswirtschaft ... wecken" (S. 5). Die Beschäftigung mit der bisher stark vernachlässigten Geschichte der Hauswirtschaft soll für den Volkswirt das Verständnis für die Gegenwart fördern. Allerdings beansprucht der Autor nicht, daß die Schrift vor den Augen des Historikers bestehen soll, er stützt sich vielfach auf Sekundärmaterial.

Unter „Haushalt" versteht Egner die Bedarfsdeckungsgemeinschaft einer Menschengruppe. Die Gesamtheit aller Haushalte in einer Volkswirtschaft ist die Unterhaltswirtschaft, die der Marktwirtschaft gegenübersteht. Der Autor beschäftigt sich ausschließlich mit dem Familienhaushalt.

Egner legt einen Querschnitt durch den Wandel der familiären Hauswirtschaft im Verlaufe der letzten Jahrhunderte und unterscheidet dabei vier Phasen: 1. die Spätphase der vorindustriellen Epoche (Ausgang des Mittelalters, insbesondere 15. Jh.), 2. die Übergangsphase zum Industrialismus (Schwerpunkt 18. Jh.), 3. die frühe (19. Jh.) und 4. die fortgeschrittene (20. Jh.) industrielle Phase.

Im Abschnitt über die Spätphase der vorindustriellen Epoche beschreibt er den bäuerlichen und den handwerklichen Haushalt. Bei der Behandlung der Hauswirtschaft in der Übergangsphase zum Industrialismus stellt er den Heimarbeiterhaushalt dem großbürgerlichen Haushalt gegenüber. Durch Miniaturmalerei, nämlich durch Berichte über zwei konkrete großbürgerliche Haushalte des 18. Jh., den des Hamburger Großkaufmanns Joh. Hinrich Goßler und den des Frankfurter kaiserlichen Rates Dr. jur. Joh. Caspar Goethe, versucht er das zu veranschaulichen, was in allgemeiner Darstellung vorausgehend geschildert wurde. Auch wird eine von Goethes Vater selbst besorgte Vermögensaufstellung für 1770 gebracht. In der frühen industriellen Phase, in der Zeit von 1841 bis 1871 tritt eine neue Form der Familienhaushalte auf. Arbeiter- und Bürgerhaushalte werden hier einander gegenübergestellt. In den mittelständischen Haushalten sind Vorratswirtschaft und häusliche Eigenproduktion außerordentlich geschrumpft. Hier werden, wie übrigens teilweise auch in den anderen Abschnitten, recht anschauliche Beispiele über Lebenshaltung usw. gebracht. Im Abschnitt über die fortgeschrittene industrielle Phase behandelt Egner zunächst wieder den bäuerlichen Haushalt, der einen geradezu revolutionären Strukturwandel durchgemacht hat, denn der Bauernhof wird zur Unternehmung, und seine Hauswirtschaft ist als Eigenwirtschaft neben die Erwerbswirtschaft getreten. Dann wendet er sich dem Angestelltenhaushalt zu, der ein typisches Produkt des dynamischen 20. Jahrhunderts ist. Er sieht im Angestelltenhaushalt nicht mehr, wie noch in seinem 1952 erschienenen Buch „Der Haushalt", einen gehobenen Arbeiterhaushalt.

Wenn der Autor in den vier Phasen je zwei Haushaltstypen gegenüberstellt, so darf der Leser nicht vergessen, daß es daneben jeweils

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch andere Haushalte gab, die sich mit den ausgewählten nicht dekken. Unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit mag man dem Autor aber wohl zustimmen.

In dem letzten größeren Abschnitt wendet sich der Autor der Lage der Hauswirtschaft der Gegenwart zu; dabei sollen auch die Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden. Drei Probleme greift er hier heraus. Als ein Hauptmerkmal der einzelnen Entwicklungsphasen kann nach Egner das sich dauernd verändernde Verhältnis von Hauswirtschaft und Markt- bzw. Erwerbswirtschaft bezeichnet werden. In der Gegenwart hat sich dieses Verhältnis wiederum völlig gewandelt. Hauswirtschaftliche Risiken der Marktwirtschaft kennzeichnen die Situation. Die Schwierigkeiten, denen sich die Hauswirtschaft angesichts der sich fortlaufend vollziehenden Strukturwandlungen des Marktes gegenübersieht, hat man noch nicht genügend gewürdigt (S. 99).

Beim zweiten Problem, dem Hausarbeitsproblem, handelt es sich um eine erwerbswirtschaftliche Überfremdung der Haushalte. Zwischen dem Rückgang der Arbeitskräfte sowie ihrer Qualität und der Entlastung der Haushalte sowie den hier auftretenden Ansprüchen an die Arbeitskräfte hat sich eine Diskrepanz herausgebildet. In diesen Ausführungen Egners (S. 101—108) finden sich manche recht gute Bemerkungen.

Neben den äußeren sind auch innere Faktoren für das Schicksal der Hauswirtschaft wichtig geworden. Es handelt sich um das hauswirtschaftliche Verhalten der Menschen, das heute, und das ist das dritte Problem, in einer sich stark entwickelnden Wirtschaft unter besondere Bedingungen gestellt ist. Im Gegensatz zu früher steht dem Haushalt heute ständig wachsende Kaufkraft für nicht lebensnotwendige Güter zur Verfügung. Dadurch wird die Entscheidung über die sinnvolle Verwendung der Einkommensteile ständig schwieriger. Es besteht ein dauernder Prozeß des Bedarfswandels.

Den Schluß bilden ein kurzer Überblick und Ausblick. Optimistisch meint Egner auf S. 117: „So weit verbreitet das Unverständnis hauswirtschaftlicher Probleme und Aufgaben in unserer Zeit auch ist, so gibt es doch auch Anzeichen, die zu Hoffnungen für die Zukunft berechtigen". Die Schrift enthält ein Autoren-, aber leider kein Literaturverzeichnis.

Egners Darstellung liest sich gut. Die wirtschaftsgeschichtlichen, volkswirtschaftlichen und soziologischen Ausführungen geben dem Leser eine Fülle von Anregungen, selbst wenn ihm auch vieles bekannt sein mag.

Bruno Schultz, Berlin

Walter G. Waffenschmidt und Forschungsgruppe: Erweiterte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Magisches Dreieck). Meisenheim am Glan 1968. Anton Hain KG. 253 S.

Die Studie Waffenschmidts und seiner Forschungsgruppe versucht, an einem ökonometrischen Modell der Bundesrepublik für die Zeit von

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1950 bis 1960 Aussagen für das magische Dreieck zu machen. Die Probleme des Zieltripels Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und ausgeglichene Zahlungsbilanz sind in der Literatur unter wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Aspekten viel diskutiert worden. — In ihrer Einführung berichtet die Studie darüber. — Es fehlen aber statistisch-empirische Untersuchungen zu diesem Problemkreis, was daran liegen mag, daß die meisten ökonometrischen Modelle vorwiegend mit Realgrößen rechnen, Geld- und Kreditströme jedoch nicht berücksichtigen.

Aus dem Untertitel der Studie könnte man nun schließen, daß hier ein speziell für die Analyse des Magischen Dreiecks konzipiertes gesamtwirtschaftliches Modell vorgeführt werden soll. Liest man die Studie unter diesem Aspekt, so wird die Erwartung nicht erfüllt. Die Ansätze, die fast ausnahmslos auf linearen Funktionen basieren, führen nach Meinung des Rezensenten nur zu allgemeinen ökonometrischen Modellen. — Der Rezensent ist sich bei dieser Kritik durchaus bewußt, daß die Konstruktion ökonometrischer Modelle nicht ganz frei von subjektiven Momenten ist. Zwei Ökonometriker werden, wenn sie für ein und dieselbe Problemstellung ein Modell konzipieren sollen, kaum zu zwei völlig übereinstimmenden Modellen gelangen. — Ein Zeichen dafür, daß die Fragestellung des Magischen Dreiecks in der Untersuchung nur zu den Randproblemen zählt, ist der Raum, welchen man dem Zieltripel gewidmet hat: Im ersten, theoretischen Teil der Studie, in dem die Modelle entwickelt werden, enthält nur S. 75 eine Bemerkung zum Magischen Dreieck, und im zweiten und dritten Teil, in denen die numerischen Ansätze und ihre Lösungen dargelegt werden, befassen sich nur die Seiten 162 bis 166 sowie 233 bis 236 mit ihm.

Auf zwei Punkte, die eigentlich nur Details sind, aber dem Rezensenten besonders aufgefallen sind, soll näher eingegangen werden. Das erste Detail betrifft die Argumentation statistischer Art auf den Seiten 142 bis 156. Hier werden Vertrauensbereiche (Konfidenzintervalle) für Regressionskoeffizienten konstruiert. Dabei sind wohl Schreibfehler unterlaufen, denn man hat diese Bereiche so geschrieben, als würden sie für die Regressionskoeffizienten aus der Stichprobe $\hat{b}_1$, $\hat{b}_2$, $\hat{c}_1$ etc. gelten. In der Tat müßte aber dort überall, damit es Konfidenzintervalle sind, b_1, b_2, c_1 etc. stehen. Ebenso wird es wohl auch ein Schreibfehler sein, wenn es auf S. 163 (unten) heißt: „In der Nullhypothese wird angenommen, daß $\hat{b}_1 = 0$ ist, ...". Eine Hypothese kann man aber nur über b_1 aufstellen. Natürlich variiert — auf Seite 144 (unten) — nicht der wahre Parameter der Grundgesamtheit in gewissen Grenzen; dieser Parameter ist nämlich eine — wenn auch unbekannte — Zahl und keine Zufallsvariable, so daß — auf S. 144 (oben) — der Parameter der Grundgesamtheit nicht mit gewisser Wahrscheinlichkeit in ein Intervall fallen kann. Der Sachverhalt ist vielmehr der, daß das Konfidenzintervall — als Zufallsvariable — variiert und in etwa 95 % aller Fälle den unbekannten Parameter überdeckt. Es ist ferner — vom Standpunkt des Statistikers — nicht legi-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tim, die Irrtumswahrscheinlichkeit (α) je nach Ausfall einer Stichprobe zu variieren, wie es auf den Seiten 148 bis 155 geschieht, wo je nach Stichprobenergebnis $0{,}1\,\% \leqq \alpha \leqq 60\,\%$ gesetzt wird. Man verschweigt dabei, daß es außer dieser Wahrscheinlichkeit für das fälschliche Verwerfen einer richtigen Hypothese noch eine Wahrscheinlichkeit (β) für das Akzeptieren der Hypothese gibt, obwohl sie falsch ist. Wenn man — wie hier — bei konstanter Stichprobenvarianz die Irrtumswahrscheinlichkeit senkt, so erhöht sich β und vice versa.

Das zweite Detail betrifft den auf den S. 237 ff. durchgeführten Ergebnisvergleich der vorliegenden Studie mit einer früheren Verifizierung (Waffenschmidt und Forschungsgruppe: Deutsche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Lenkungsmodelle 1949—1955, Stuttgart 1959). Man möchte sagen, das Auseinanderklaffen der Ergebnisse ist selbstverständlich. Es hängt nicht nur von Rechenfehlern ab, wie Waffenschmidt vermutet (S. 238 unten), sondern hat nach Ansicht des Rezensenten noch mindestens zwei weitere Gründe:

1. Wenn man einmal die BRD im Zeitraum 1949—1955 und dann im Zeitraum 1950—1960 betrachtet, so besteht Grund zu der Annahme, daß die Gesetzmäßigkeiten, Verhaltensweisen, Reaktionen, welche die numerische Größe volkswirtschaftlicher Aggregate in der ersten Hälfte (1950—1955) des längeren Zeitraumes hervorbrachten, verschieden von jenen sind, die in der letzten Hälfte wirkten. Die Strukturkoeffizienten für den ersten, kürzeren Zeitraum sind daher verschieden von denen des längeren Zeitraumes, denn in dem längeren Zeitraum werden die Besonderheiten des kürzeren Zeitraumes mit den späteren Beobachtungen „verschliffen" bzw. „ausgeglichen".

2. Die Zahlen für ein und dasselbe Aggregat in den Jahren 1950 bis 1955 in der früheren Verifizierung sind sehr verschieden von den korrespondierenden Zahlen, die im Zeitpunkt der letzten Verifizierung zur Verfügung standen; denn in der Zwischenzeit sind die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Statistischen Bundesamt einige Male nennenswert revidiert worden.

Es läßt sich in einer Arbeit mit einem solch umfangreichen Formel- und Zahlenapparat nicht vermeiden, daß Druckfehler u. ä. auftreten, etwa: Auf S. 41 fehlt zweimal ein Differenzenoperator. Auf derselben Seite muß es beim Übergang vom Differenzen- zum Differentialquotienten $\triangle t \rightarrow 0$ statt $\triangle x \rightarrow 0$ heißen. Auf S. 51 wird im Text eine Fußnote 32 angekündigt, die dann aber nicht kommt. Auf S. 116 werden in einem Tableau 5,2 Millionen Erwerbstätige in der Konsumgüterindustrie (1950) ausgewiesen, die Berechnung auf S. 12 führt aber nur zu ca. 4,5 Millionen.

Abschließend bleibt zu erwähnen, daß man selten in einer derartigen Studie eine so unkonventionell kritische Einstellung der Autoren zu ihrer eigenen Arbeit findet.

Horst Rinne, Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Helmut Faust: Die Zentralbank der deutschen Genossenschaften. Vorgeschichte, Aufbau, Aufgaben und Entwicklung der Deutschen Genossenschaftskasse. Frankfurt/M. 1967. Deutsche Genossenschaftskasse. 164 S.

Der Autor der vorliegenden Publikation ist nicht nur bereits mehrfach mit Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens hervorgetreten, sondern er ist auch eng verbunden mit der genossenschaftlichen Praxis, speziell durch seine langjährige Zugehörigkeit zur genossenschaftlichen Zentralbank.

Diese Verbindung von wissenschaftlichem Interesse und genossenschaftlich-praktischer Erfahrung hat es ermöglicht, daß eine ebenso gediegene wie inhalts- und aufschlußreiche Abhandlung vorgelegt werden konnte. Denn der Verfasser verfällt bei den Betrachtungen über die Entwicklung der deutschen genossenschaftlichen Kreditorganisation bis zur Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse sowie der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse und der Deutschen Genossenschaftskasse nicht in den Fehler minutiöser Ausführungen. Vielmehr konzentriert er sich auf die Darstellung wesentlicher historischer Verläufe, wobei er vor allem auf die Persönlichkeiten eingeht und ihre Leistungen für den organisatorischen Aufbau wie die Durchführung der Aufgaben der genossenschaftlichen Zentralbank nicht nur hervorhebt, sondern diese auch wertet. Aus dieser Sicht wird auf Johannes *von Miquel* als dem Schöpfer der Preußischen Central-Genossenschaftskasse ebenso eingegangen (vgl. S. 27 ff.) wie auf Carl Freiherr *von Hoiningen*, genannt *Hüene* (vgl. S. 33 ff.), C. *Heiligenstadt* (vgl. S. 36 ff.), Carl *Semper* (vgl. S. 38 ff.), der 1928 sein Amt zur Verfügung stellen mußte. Sein Nachfolger wurde Otto *Klepper*, dem zugeschrieben wird, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse „an der Vereinheitlichung und Rationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens an erster Stelle mitgewirkt" hat (S. 44). Unter Hans *Helferich* wurde 1932 die „Preußenkasse" der Aufsicht des Deutschen Reiches unterstellt und in Deutsche Zentralgenossenschaftskasse umbenannt, zugleich aber auch eine „körperschaftliche Willensbildung" eingeführt (vgl. S. 47 ff.). Abgesehen davon, daß nach 1933 auch für die „Deutschlandkasse" die staatliche Lenkung zuständig wurde, übertrug die Dresdner Bank ihr Genossenschaftsgeschäft 1939 auf die Deutsche Zentralgenossenschaftskasse. Diese wurde damit „einziges Zentralkreditinstitut im gesamten kreditgenossenschaftlichen Bereich" (S. 51). Nach dem Zusammenbruch wurde an ihrer Stelle 1949 die Deutsche Genossenschaftskasse, Frankfurt a. M., als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Dem Verfasser gelingt es, die bislang relativ kurze Entwicklung der Deutschen Genossenschaftskasse nach ihren wichtigsten Vorgängen abrißartig darzustellen. Er verweist auf die Initiative von Andreas *Hermes*, vor allem aber auf die Leistungen von R. *Hartmann*, der als erster Präsident die Leitung der Deutschen Genossenschaftskasse innehatte die dann 1964 auf Georg *Draheim* übertragen worden ist. Die Bedeu-

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tung *Hartmanns* wird dadurch besonders gewürdigt, daß die Deutsche Genossenschaftskasse als Herausgeber ihm diese Monographie gewidmet hat (vgl. S. 3—7).

Über Aufgaben und Aufbau der Deutschen Genossenschaftskasse wird im wesentlichen systematisch informiert. Wichtige Ausführungen werden über die Finanzierung (vgl. S. 69 ff.) vorgelegt, wobei neben der Erörterung der Eigenfinanzierung die Fremdfinanzierung umrissen wird (vgl. S. 74 ff.), speziell mit der Beurteilung der Einlagen, der Aufnahme von Geldern auf dem Geldmarkt, des Wechselrediskontes, der Aufnahme von Darlehen sowie der Emission von Schuldverschreibungen. Nicht minder interessant sind die Betrachtungen über das Kreditgeschäft (vgl. S. 93 ff.), die Liquidität und Rentabilität (vgl. S. 95 ff.) sowie die Dienstleistungsgeschäfte (vgl. S. 99 ff.). Unter dem Thema „Andere Förderungsaufgaben" (vgl. S. 101 ff.) werden auch die finanziellen Unterstützungen erwähnt, die der Förderung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens an westdeutschen Universitäten dienen. Schließlich führt der Verfasser noch die Beteiligungen der Deutschen Genossenschaftskasse an (vgl. S. 105 ff.) sowie die betrieblichen Verhältnisse (vgl. S. 115 ff.). In einer Schlußbetrachtung (vgl. S. 117 ff.) wird die Deutsche Genossenschaftskasse als ein Förderungsunternehmen im Verbund der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft gewürdigt. Nach den Anmerkungen und dem Literaturverzeichnis werden in den Anlagen (vgl. S. 129 ff.) wichtige statistische Angaben aufgeführt sowie die Mitglieder des Verwaltungsrates der Deutschen Genossenschaftskasse. Abschließend werden die gesetzlichen Unterlagen, die sich auf die Deutsche Genossenschaftskasse beziehen, wiedergegeben (vgl. S. 145 ff.).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es sich um eine gelungene Arbeit handelt. Sie ist gekennzeichnet durch die Art ihres Aufbaues wie ihres Inhalts, der lebendig gestaltet und dokumentarisch gestützt sowohl dem genossenschaftswissenschaftlichen Studium als auch der praktischen genossenschaftlichen Arbeit dient.

Hans G. Schachtschabel, Mannheim

DOI https://doi.org/10.3790/schm.89.5.589 | Generated on 2025-07-14 05:32:36
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/